

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3.00 M. monatlich, 30 M. jährlich.
Einzeln: 10 Pf.
Postgebühren: 1.00 M. pro Monat.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Nummern...
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 19. Juni 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Rußland und Amerika.

Neue Erklärungen Teresttschenkos.

In Flandern und im Artois Artillerie-
kampf — Englische Vorstöße bei Croisilles
— Deutscher Vorstoß bei Cerny

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 18. Juni
1917. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Secresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Am Yser-Kanal beiderseits von Ypern, an der Ys und von
La Bassée bis zum Senée-Bach während der Nachmittagsstunden
lebhafte Artillerietätigkeit. Südwestlich von Warneton, östlich
von Vermelles und bei Loos scheiterten englische Erkundungs-
vorstöße. Westlich von Croisilles schlugen wie an den Vortagen
drei Versuche der Engländer fehl, im Angriff Boden zu ge-
winnen.

Secresgruppe Deutscher Kronprinz.

Im Anschluß an ein morgens mit Erfolg durchgeführtes
Stoßtrupplinternehmen gegen die französischen Gräben bei Cerny
nahm das Feuer hier, später auch in breiteren Abschnitten der
Widne-Front und in der West-Champagne zu.

Secresgruppe Herzog Albrecht.

Außer einigen glänzend verlaufenen Vorfeldgefechten keine
wesentlichen Ereignisse.

Auf dem

östlichen Kriegsschauplatz

ist die Lage unverändert.

Mazedonische Front.
Südwestlich des Dojran-Sees wiesen bulgarische Posten
mehrere englische Vorstöße ab.
Der Erste Generalquartiermeister.
Lubcudorf.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 18. Juni 1917, abends.
Keine größeren Kampfhandlungen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 18. Juni 1917. (W. Z. B.) Amtlich wird
verlautbart:

Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.
Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Ronbon-Abschnitt warfen Abteilungen des bodnisch-
herzegowinischen Infanterieregiments Nr. 4 den Feind aus einem
Stützpunkt, nahmen ihm einen Offizier und 28 Mann an Ge-
fangenen ab und behaupteten sich gegen mehrere Angriffe in der
eroberten Stellung. Sonst nichts von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

Verlangen
die Kriegsbeschädigten Almosen?

Aus dem Kreise der Kriegsbeschädigten wird uns ge-
schrieben:

Wenn man eine Probe machen wollte, bis zu welchem
Grade die anfänglichen Gefühle der Begeisterung und
Dankesstimmung für die Opfer des Weltkrieges unter dem
Einfluß dreijähriger Gewöhnung an alle Schrecken abge-
stumpft sind, so brauchte man nur die Berliner Morgenblätter
von Montag zur Hand zu nehmen. Eine erschütternde Kunde
hatte das Wolffsche Telegraphenbureau am Sonntag ver-
breitet: Die erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten leiden bittere Not. Nach einer Statistik in
der Rheinprovinz kommt auf die Familie eines erwerbs-
unfähigen Kriegsbeschädigten durchschnittlich ein Monats-
betrag von 67,80 M.; auf den Kopf des einzelnen Familien-
mitgliedes ein Betrag von etwa 15,70 M.

Welchen Sturm in der öffentlichen Meinung hätte eine
solche Nachricht wohl während der ersten drei Kriegsmomente
herbeigeführt! Jetzt, nach drei Jahren, bleibt fast alles still.
Der „Vorwärts“ war das einzige Berliner Blatt, das die
Not der Kriegsbeschädigten an auffälliger Stelle und mit
eigenem Kommentar den Lesern vor Augen führt. Die
patentiert „patriotische“ Presse dagegen, die jedes Kriegsziel-
telegramm eines Hofemulder Vereins an Hindenburg in aus-
führlicher Breite abdruckt, registriert diese Notiz an irgend-
einer versteckten Stelle mit kühler Gleichgültigkeit. Doch
solche Interesselosigkeit schon während des Krieges selber ein-
reißt, ist für die Kriegsbeschädigten eine warnende Lehre für
die Zukunft.

Die Notiz des W. Z. B. enthielt freilich noch etwas an-
deres als die sehr beachtenswerte Glendstatistik. Der
„Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge“ hatte die
Notiz lanciert, um Stimmung für eine allgemeine
Wohltätigkeitsammlung zugunsten der Kriegs-
beschädigten zu machen.

Damit ist glücklich eingetreten, wovor von den Kriegs-
beschädigten selbst schon dringend gewarnt wurde:
Statt die Renten der Kriegsbeschädigten in ausreichendem
Maße zu erhöhen, wird der Klingelbeutel für uns im Lande
gedrungen. Dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten-
fürsorge wollen wir gern ein Verdienst zugestehen: Er hat
auf die verzweifelte Lage, in der sich viele Kriegsinvaliden mit
ihren Familien befinden, öffentlich hingewiesen. Aber der Weg
der Abhilfe, den er beschreitet, ist grundverkehrt. Die
Konsequenz der geschilderten Verhältnisse ist nicht, daß jetzt
für die Kriegsbeschädigten gesammelt werden muß, sondern,
daß die Renten der Kriegsbeschädigten so-
fort und ausreichend erhöht werden müssen.

Eine öffentliche Sammlung dagegen ist für uns Kriegs-
beschädigte unzureichend, demütigend und sogar
direkt nachteilig.

Unzureichend! Niemand kann sich einbilden, daß
die vielen Millionen Mark, die für eine ausreichende Er-
höhung der Invalidenrenten jahraus jahrein (nicht nur ein-
mal) notwendig sind, dauernd, ja auch nur für kurze Zeit
durch öffentliche Mildtätigkeit aufzubringen sind. Man soll
einmal die wirklichen Summen nennen, die nötig wären, um
sämtliche Invalidenrenten nur um zehn Prozent zu erhöhen.
Dann werden die unzureichenden Aussichten einer öffentlichen
Sammlung jedermann klar sein!

Demütigend! Wir Kriegsbeschädigte sind keine
Bettler, die man mit Almosen abweist, wir sind die
Gläubiger des Staates, gegen den wir auf Grund
unserer Leistungen und Opfer Rechtsansprüche haben.
Diese Gläubigerstellung halten wir fest, weil sie die recht-
liche und moralische Grundlage aller unserer For-
derungen bildet, und lassen uns nicht aus ihr in
die Rolle von Almosenempfängern drängen.
Genau so, wie die Zeichner von Kriegsanleihen sich
als Gläubiger des Staates fühlen, und es sich schwer ver-
bitten würden, wenn man für sie sammeln ginge, anstatt
ihnen pünktlich ihre Zinsen auszuzahlen, genau so fühlen wir
uns als Gläubiger, die wir mehr als Geld, die wir Gesund-
heit und Glieder hingegeben haben, und verbitten es uns
daher, wenn man uns statt klarer Rechtsansprüche
willkürliche Almosen anbietet.

Nachteilig! Derartige Sammlungen mit amtlicher
Begünstigung können nur bewirken, daß unsere berech-
tigten Ansprüche auf Erhöhung der gesch-
lichen Renten nicht erfüllt werden bzw. ihre
Erfüllung gefährdet wird. Man wird uns jetzt
damit vertrauen, daß ja für Notfälle immer noch die neue

Rußland und Amerika.

Rede Teresttschenkos.

Petersburg, 17. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.)
Der Minister des Äußern Teresttschenko hielt beim Empfang der
amerikanischen diplomatischen Sonderabord-
nung mit Senator Root an der Spitze eine Ansprache, in der er
erklärte: Die Revolution stellte das russische Volk vor zwei Fragen
von höchster Bedeutung, nämlich die Frage einer starken Demo-
kratie im Innern des Landes und des Kampfes gegen
einen Feind, der die letzte Stütze der Auto-
kratie ist. Die russische Revolution bewirkte nicht nur eine
Wendung in der inneren Verfassung der Regierung; sie ist auch
ein moralischer Faktor, der auch den Willen des russischen Volkes
in seinen Bestrebungen befestigt, sich die Freiheit zu sichern, und
dies will das russische Volk nicht nur in den inneren Angelegen-
heiten, sondern auch in der internationalen Politik be-
weisen. Das Volk will auch den Militarismus stürzen und sucht
einen dauerhaften Frieden ohne irgendeine Vergewaltigung,
ohne ein imperialistisches Bestreben. Das russische Volk nährt
keinen Gedanken an Vorherrschaft und bekämpft ähnliche Gedanken
anderer Länder. Aber vor allem wird es nicht die Verwirklichung
irgendeines imperialistischen, politischen, finanziellen oder wirtschaft-
lichen Planes des Feindes dulden. Dies ist die große Aufgabe Ruß-
lands. Es besteht noch ein großer Gedanke, der durch das denkwürdige
Schriftstück ausgedrückt wird, durch das die Vereinigten
Staaten und das amerikanische Volk ihre Wünsche und Absichten
kundtaten, besonders daß die Nationen die Pflicht haben,
über ihre Zukunft zu entscheiden. Das russische Volk
macht sich diese erhabenen Grundsätze zu eigen und ist der Ansicht,
daß diese die Politik der Nationen leiten sollten.

Die Duma für Offensive.

London, 16. Juni. Reuter meldet aus Petersburg: Die Duma
hat in privater Sitzung eine Entschließung angenommen, die einen
Sonderfrieden oder eine verlängerte Untätigkeit an
der Front als Verrat gegenüber den Alliierten bezeichnet und
eine unverzügliche Offensive als notwendig für die
Sicherheit Rußlands und die Aufrechterhaltung der gewonnenen
Freiheiten fordert.

Kein Sonderfrieden, aber auch kein Krieg.

Eine Abfuhr der Kriegstreiber.

Der Petersburger Mitarbeiter der „Stampa“ meldet, daß die
italienischen Abgeordneten Cappa, Labriola, Raimondo und Lerda
mit dem Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat eine
lange Besprechung hatten. Die Italiener hätten die unab-
weishare Notwendigkeit der Fortsetzung des
Krieges betont, da weder mit der Revolution in Deutschland
noch mit der Möglichkeit eines gerechten Friedens durch Vermitt-
lung des russischen Volkes zu rechnen sei. Die russischen
Sozialisten dagegen hielten an der Möglichkeit
des Friedens fest, durch den die Absichten der Völker ohne

weiteres Blutvergießen bewirkt würden. Trotzdem die russi-
schen Sozialisten, so bemerkt der Berichterstatter, von einem
Sonderfrieden nichts wissen wollen, sind sie fast aus-
nahmslos nicht gesonnen, sich zu schlagen.

Petersburg, 17. Juni. (Petersburger Telegraphen-Agentur.)
Die hier zusammengetretene Hauptversammlung der Ar-
beiter- und Soldatenräte hat einstimmig den Vorstehenden des
Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates, Tschaidse, zum
Vorstehenden gewählt.

Die Franzosen wollen nach Stockholm.

Kopenhagen. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Wie
Stammung mitteilt, ist beim Komitee in Stockholm die telegraphische
Nachricht eingelaufen, daß die offiziellen Delegierten des Arbeiter-
und Soldatenrats im Laufe einiger Tage eintreffen werden. In
Frankreich wird energisch daran gearbeitet, die Abreise nach Stockholm
möglich zu machen. Zwei bekannte französische Genossen werden
nächstens hier erwartet. Mit Nachdruck unterhält Stannung einen
Briefwechsel, um eine persönliche Zusammenkunft herbeizuführen.

Die Spanier werden mitberaten.

Madrid, 17. Juni. (Wiener Korresp.-Bureau.) Nach einer Mel-
dung des „Imparcial“ werden die spanischen Sozialisten an der
Stockholmer Konferenz teilnehmen.

Warum Griechenland „befreit“ wurde.

Die wahren Gründe der angeblichen „Befreiung“ Griechen-
lands enthält der französische Junkturspruch vom Eiffelturm
vom 18. Juni, 5 Uhr nachmittags, der nach längeren Ausführungen
über die unmacht geschaffenen Begrenzungen durch Albanien
und Nordgriechenland schreibt: „Bisher war nur der Weg über
Saloniki möglich. Heute bildet der Weg Santi Quaranti-
Monastir die Verlängerung des Weges durch Italien und den
Kanalar von Otranto und gestattet den Verbündeten den Weg über
das Mittelmeer zur Auffüllung von Menschen, Nahrungsmitteln
und Munition für die Orientarmee vollständig auszuschließen. Die
Durchfahrt durch den Kanal von Otranto, etwa 75 Kilometer, kann
durch eine fast ununterbrochene Sperre geschützt werden. Dies ist
also ein beträchtlicher Vorteil, der durch das letzte
Vorgehen der Alliierten erreicht wurde.“

Clam-Martinic will gehen.

Die Polenkrise.

Wien, 18. Juni. (Meldung des Wiener L. u. I. Telegr.
Korresp.-Bureau.) Die Abendblätter verzeichnen das Gerücht,
Ministerpräsident Graf Clam-Martinic habe dem Kaiser infolge des
Beschlusses des Polenklubs, der gegenwärtigen Regie-
rung einen vorläufigen Haushaltsplan nicht zu bewilligen, den
Rücktritt des gesamten Kabinetts angeboten. Der
Kaiser habe sich die Entscheidung vorbehalten.

Der für morgen zur Verhandlung des vorläufigen Haushalts-
planes einberufene Haushaltsausschuß wird die Sitzung abhalten.
Authentisches liegt nicht vor.

„Nationalkassette“ da ist. Wie sehr schon vielfach Un-  
nehmer ihre unzureichenden Löhne gegenüber den Kriegs-  
beschädigten mit dem Hinweis auf ihre Rente rechtfertigen,  
so wird man künftig von anderer Stelle mit den gelegentlichen  
Almosen der neuen Stiftung die Ungleichheit der gefe-  
lichten Rente zu rechtfertigen suchen. Gaben die Kriegsbeschä-  
digten ihre Gläubigerstellung gegen Staat und Öffentlichkeit  
erst einmal grundsätzlich preisgegeben, so wird man  
dauernd versuchen, sie mit gelegentlichen Geschenken abzu-  
weisen, anstatt ihnen feste Rechte zu geben.

Vermerken wir Kriegsbeschädigten die Hilfe durch private  
Mildtätigkeit, so verlangen wir um so dringen-  
der von Reichstag und Regierung schleunige  
Heraushebung der Renten auf einen Stand,  
welcher den heutigen Lebenskosten ent-  
spricht. Denn daß die heutigen Renten unzureichend sind,  
wird nach den vom Volkswirtschaftlichen Bureau verbreiteten Zahlen  
niemand leugnen. Aber mit der Heraushebung der Renten  
allein ist es auch nicht getan. Andere Grundsätze der Be-  
messung tun not, die weniger den Dienstgrad des Ver-  
wundeten und mehr den Grad seiner wirklichen Er-  
werbsunfähigkeit berücksichtigen. Und schließlich ist  
das Rechtsverfahren von Grund auf zu reformieren.  
Wir verlangen ein öffentliches, mündliches  
Rentenverfahren, in dessen Spruchinstanzen nach dem  
Vorbild der Invalidenversicherung Vertreter der  
Kriegsbeschädigten mitwirken, namentlich so-  
weit es sich um Gewährung, Entziehung, Hinauf- und Hinab-  
setzung der Rente handelt.

Diese Forderungen appellieren freilich nicht an die Mild-  
tätigkeit, sondern an das Rechtsgefühl unserer Mitbürger.  
Wir ahnen allerdings voraus, daß hier mancher mit vielen  
Wenn und Aber kommt, dem es nicht darauf ankommt, einen  
Branzigmarsch zugunsten der Kriegsbeschädigten auf den  
Fisch zu legen. Aber dann soll er sein Geld ruhig stecken  
lassen. Denn die Durchführung auch nur einer dieser For-  
derungen ist für die Kriegsbeschädigten zehnmal mehr wert,  
als einige zusammengebetete Millionen. Die Kriegs-  
beschädigten wären große Loren, wollten sie auf ihr wertvolles  
Recht zugunsten einer kleinen freiwilligen Spende verzichten.

## Stockholm.

### Die Verhandlungen in Stockholm.

Ankunft neuer Delegierter. — Grimm aus Rußland  
ausgewiesen. Deutschland und der Friede mit Rußland.

Stockholm, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“).  
Heute trafen hier als Vertreter der Fabian Society Bes. für die  
Labour Party Thomas, Herausgeber des „Clarion“, ein. Die  
Verhandlungen mit ihnen beginnen Montag. Für die Socialist  
Party Americas ist, wie schon gemeldet, Goldfarb eingetroffen,  
der die Partei bis zur Ankunft von Hilquitt und Algernon Lee  
sowie Viktor Bergers vertritt. Weiter trafen ein Reinstein für  
die Socialist Labour Party und Pacidomisch für die sibirischen  
Arbeiterorganisationen der Vereinigten Staaten von Nordamerika.  
Mit ihnen soll am Dienstag verhandelt werden.

Heute ist zugleich mit Buchanan Albert Thomas hier ein-  
getroffen. Er wurde vom französischen Gesandten empfangen und  
stieg in der Gesandtschaft ab.

Der Schweizer Nationalrat Grimm wurde nach Besprechungen  
mit den Ministern Seretelli und Skobelev aus Rußland ausgewiesen.  
Der Grund ist noch unklar; er liegt vielleicht in seiner den regieren-  
den Menschewi unermesslichen Ignoranz oder aber auch in der  
Tatsache, daß er seine Neutralitätspflicht überschritten habe.

Gestern publizierte der hiesige „Socialdemokraten“ ein  
Schreiben des Schweizer Bundesrats Hoffmann an den  
Schweizer Gesandten in Petersburg.

Obier, worin der Gesandte angewiesen war, Grimm eine Reue-  
rung der deutschen Regierung über die Möglichkeit eines Friedens mit  
Rußland zu übermitteln. Diese Reue-  
rung stimmt inhaltlich mit  
den diesbezüglichen Stellen der letzten Rede des Reichszan-  
glers überein.

Das in diesem Telegramm genannte Axiom, das der Stock-  
holmer „Socialdemokraten“ in sensationeller Aufmachung veröffent-  
licht, lautet:

Re. 741  
Das politische Departement an M. Obier, Petrograd.  
Schiffbr. Bern, 23. Mai (6. Juni) 1917.  
Das Mitglied des Bundesrats Hoffmann bevollmächtigt Sie,  
Grimm folgende mündliche Mitteilung zu machen:

Deutschland wird keine Offensive unternehmen,  
so lange eine Verständigung mit Rußland denk-  
bar erscheint. Nach wiederholten Gesprächen mit einer hervor-  
ragenden Person bin ich davon überzeugt, daß Deutschland  
einem für beide Parteien ehrenvollen Frieden  
mit Rußland zustrebt, der intime wirtschaftliche und  
Handelsverbindungen und finanzielle Stütze einschließt, um Ruß-  
land wieder auf die Beine zu stellen. Keine Einmischung in  
innere russische Verhältnisse, freundschaftliche Verständigung über  
Polen, Litauen und Ausland unter Berücksichtigung der Ver-  
wandtschaft der Völker, Rückgabe der besetzten Provinzen, wogegen  
Rußland die österröschischen Provinzen wiedergibt, die es erobern  
konnte.

Ich bin davon überzeugt, daß Deutschland und  
seine Verbündeten auf Wunsch der Alliierten Rußlands die  
Friedensverhandlungen unmittelbar auf-  
nehmen würden. Ueber deutsche Kriegsziele lies die Ver-  
öffentlichung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Dort  
daß man im Einverständnis mit Herrn von Bethmann Hollweg  
über Annexionen erklärt, daß Deutschland keine Vermehrung seines  
Landbestandes zum Zweck einer Vergrößerung wirtschaftlicher oder  
politischer Ausdehnung wünsche.

Reuter meldet aus Petersburg: Der Große Rat der Sol-  
datenabgeordneten hat mit 640 gegen 121 Stimmen einen  
Entschluß angenommen, durch den die Ausweisung des  
Schweizers Grimm gebilligt wird.

### Die deutsche Vorarbeit in Stockholm.

Stockholm, 16. Juni. Der Obmann der deutschen Dele-  
gation und Vorsitzende des Parteivorstandes, Genosse Fritz  
Ebert, gab uns folgende Erklärungen über seine Ein-  
drücke und sein Urteil. Unsere Verhandlungen, so sagte  
Ebert, sind vorläufig zum Abschluß gekommen. Gestern, Freitag,  
nachmittag hatten wir auf Einladung Brandings ein gefälliges  
Zusammensein mit den Mitgliedern des Komitees. Auch Viktor  
Eber war anwesend. In ungezwungener Unterhaltung ist da

nach manches Mißverständnis beseitigt worden. Man  
ist sich persönlich näher gekommen und hatte beim Abschied den  
Eindruck, Stunden verlebt zu haben, die unserer gemeinsamen  
Friedensarbeit recht förderlich waren.

Die offiziellen Verhandlungen mit dem Komitee sind vor uns  
recht gründlich geführt worden. Das war sehr notwendig. Jeder  
Genosse im Auslande glaubt zwar vollständig und zutreffend über  
unsere Stellung zum Kriege informiert zu sein, auf Schritt und  
Tritt zeigt sich aber, wie schlecht es vielfach damit bestellt ist. Des-  
halb mußte es unsere Aufgabe sein, zunächst Klarheit zu schaffen  
über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie  
zum Kriege. Ganz gegen unsere Absicht sind wir dabei auch  
zur Besprechung der Schuldfrage gekommen. Wir sind zu-  
frieden, daß es so kam. Unsere Aufklärungsarbeit und der Zweck  
der Vorbereitungen sind damit nur gefördert worden. Ich gebe  
mich zwar wegen der Wirkung unserer Aufklärungsarbeit keinen  
übertriebenen Hoffnungen hin, denn die Treibereien gegen  
die Friedensarbeit sind leider noch sehr stark. Die  
Diskussion über die Stellung unserer Partei ist damit aber vor dem  
Forum der Internationale auf den Boden festgelegter Tatsachen  
gestellt worden. In der weiteren Diskussion muß man mit diesen  
Tatsachen rechnen. Jedenfalls ist mit leeren Phrasen ihnen nicht  
beizukommen. Die deutsche Delegation hat sich entschlossen, neben  
der gedruckt vorliegenden Dokumentensammlung über die Haltung  
der deutschen Sozialdemokratie zum Krieg und Frieden auch die  
Rede Davids zur Schuldfrage im Druck herauszugeben.

Die Aufgaben des holländisch-kanadischen Komitees be-  
treffen immer noch große Schwierigkeiten. In der Entente-  
presse ist die in Aussicht genommene allgemeine Konfe-  
renz als deutsche Sache diskreditiert worden. Der Pessimismus  
des letzten Tage ist aber nach der letzten Mitteilung des Arbeiter-  
und Soldatenrats, er werde demnächst eine Delegation nach Stock-  
holm schicken, geschwunden. Auch die Antwort des Arbeiter-  
und Soldatenrats auf den Brief der drei sozialistischen Entente-  
minister berechtigt zu neuen Hoffnungen.

Jedenfalls hat die Delegation der deutschen Sozialdemokratie  
ihre Bestes eingesetzt, um der Verständigungsarbeit die Wege zu  
ebnen. Ich zweifle auch nicht, daß das holländisch-kanadische  
Komitee und jedes seiner Mitglieder nach bester Ueberzeugung und  
zielbewußt für die Verständigung aller sozialistischen Parteien  
und für den Frieden arbeiten. Den weiteren Arbeiten des  
Komitees, die zunächst noch in der Begründung  
von Hindernissen bestehen werden, dürfen wir mit Ver-  
trauen entgegensehen.

Gestern trennten wir uns mit dem beiderseitigen Wunsch: Auf  
baldiges Wiedersehen bei der allgemeinen Konferenz! C. B.

Kopenhagen, 18. Juni. Zu den Friedensbedingungen der  
deutschen Sozialdemokratie bemerkt „Politiken“ in einem Leitartikel:  
Einmal sollte man doch über bloße Formeln hinauskommen und  
die Erörterungen tatsächlicher Friedensbe-  
dingungen beginnen. Die deutsche Abordnung in Stockholm hat  
nun Ausgangspunkte für eine solche Erörterung ge-  
schaffen.

### Stockholm und die Frauen.

Aus dem Kreise unserer Genossinnen wird uns ge-  
schrieben:

Das ganze Denken und Sinnen aller Frauen — soweit sie  
Gefühl und Verstand haben — ist jetzt nach Stockholm ge-  
richtet. Die Sehnsucht nach Erlösung aus der zermürbenden Sorge  
des Krieges hat sie alle heftig gemacht. Frauen, welche ihr  
ganzes Leben lang der Politik ferngeblieben haben, wissen etwas  
von der Stockholmer Sozialistenkonferenz. Wenn ihnen auch die  
Zusammenhänge nicht klar sind, ein Hoffnungsstimmchen leuchtet  
ihnen entgegen, daß das Ende des Krieges nahen könnte.

Viele ermahnen von der Konferenz, daß sie den Frieden bring-  
en wird. Und weil diese Hoffnung, wie die Dinge liegen, sich  
nicht gleich erfüllen kann, werden diese Frauen sich vielleicht nach  
kurzer Zeit enttäuscht in sich selbst zurückziehen und denken:  
„Auch diese Hoffnung hat getrogen, und kann niemand helfen, —  
solche Zusammenkünfte haben gar keinen Zweck.“

Verständlich sind solche Empfindungen für jede Frau; denn die  
Latenzlosigkeit, zu der wir verurteilt sind, während unser Glück  
zerbricht, während liebe Leben draußen verlöschen, als wären sie  
nichts, macht bitter und mühsam. Keine Frau, keine Mutter wurde  
gefragt, als die Gatten, Söhne und Väter in den Tod geschickt  
werden sollten und ungehört sind bisher die Schmerzensschreie der  
Frauen verhallt haben wie drüben.

Und dennoch dürfen wir nicht verzweifeln. Nicht zuviel dürfen  
wir von der Stockholmer Sozialistenkonferenz erwarten, aber wissen  
sollen wir, daß diese Zusammenkunft ungewisselhaft einen Schritt  
zum Frieden bedeutet.

Die Vertreter der Arbeiterschaft — also auch die Vertreter  
der Frauen, welche am meisten unter dem Kriege leiden, sind es,  
die dort über Verständigung und Frieden miteinander sprechen.

Unsere Schwestern in den feindlichen Ländern leiden ebenso  
— zum Teil noch viel schmerzlicher — unter dem Kriege wie wir.  
Auch sie sind durch ihre Leiden, durch die Sehnsucht nach Erlösung  
aufmerksam geworden auf die Stockholmer Tagung. Ihre Hoff-  
nung geht denselben Weg wie unsere. Selbst wenn nun die Re-  
gierungen dieser Länder die Abgesandten der Arbeiterschaft nicht  
nach Stockholm reisen lassen, die Wirkung des Willens, der von  
dort ausgeht, können sie nicht mehr hindern.

Wir Frauen wollen den Frieden, alle mensch-  
lich Fühlenden in allen Ländern wollen ihn. Durch  
Stockholm wird dieser gemeinsame Wille zum ersten Male zum  
Ausdruck gebracht. Darum heißt es jetzt nicht: die Hoffnung auf  
den Frieden begraben, wenn ihn der erste Anlauf nicht bringt;  
sondern: die Erwartungen nicht überspannen, aber an das Ziel  
unserer Hoffnung glauben.

Der Wille zum Frieden hat in allen Ländern feste Gestalt  
gewonnen, — das ist schon heute das Ergebnis der Sozialisten-  
konferenz von Stockholm. Und ihre Lehre ist von neuem die Ge-  
wissheit, daß uns nur der Sozialismus vor den  
Schrecken zukünftiger Kriege bewahren kann.

### Die Antwort des Arbeiter- und Soldatenrats an die sozialistischen Ententeminister.

C. B. Stockholm, 16. Juni.

Die Exekutive des Arbeiter- und Soldatenrats in Petrograd  
hat als Beantwortung eines Schreibens, das ihm von Albert  
Thomas, Henderson, Vandervoelde und Brouckere zugegangen ist,  
eine Erklärung veröffentlicht, worin der Inhalt des Pro-  
gramms bei der bevorstehenden internationalen  
Sozialistenkonferenz und die Rolle des Arbeiter-  
und Soldatenrats bei der Vorbereitung dieser Konferenz  
dargelegt wird. Die Erklärung lautet:

Die russische Revolution, die eine Revolte des Volkes ist nicht  
nur gegen die Tyrannei, sondern auch gegen die Orgel des West-

kriegs, wofür die Schuld auf den internationalen Imperialismus  
fällt, hat mit außerordentlicher Schärfe allen Ländern die dringende  
Notwendigkeit des Friedens hervorgebracht. Gleichzeitig zeigt die  
russische Revolution den Nationen den Weg zur Lösung dieses  
Problems an, nämlich die Vereinigung aller Arbeiterklassen, um  
alle Versuche des Imperialismus zu bekämpfen, den Krieg im  
Interesse der besiegten Klassen zu verlängern und einen Frieden ohne Annexionen  
oder Entschädigungen zu verhindern. Aber die Ar-  
beiterklassen in allen Ländern können nicht mit Leichtigkeit eine  
schnelle und dauerhafte Vereinbarung erreichen, wenn sie sich nicht  
von ihren eigenen Interessen führen lassen und die Bestrebungen  
der Imperialisten und Militaristen zurückweisen, welche oft ihre  
wirklichen Bestrebungen unter einer perföberischen Maske bergen; aber  
es ist deutlich, daß die Konferenz dem fürchterlichen Brudermor-  
des des Krieges den Garau geben kann unter keinen anderen  
Bedingungen, als daß die Mitglieder der Konferenz von diesen  
Ideen durchdrungen sind und es ist nicht weniger deutlich, daß denn  
leichte Fragen, die aufgeworfen werden, zu Zank-  
äpfeln oder Motiven für die Fortsetzung des  
Krieges werden können.

Nachdem die Mitglieder der Konferenz das Recht der Völker,  
über ihr Schicksal zu bestimmen, anerkannt haben werden, werden  
sie ohne Schwierigkeit über das Schicksal Elsaß-Lothringens  
und anderer Provinzen zu einer Vereinbarung kommen können.  
Ebenso werden die Arbeiterklassen, von dem gegen-  
seitigen Mißtrauen befreit, womit sie durch die Imper-  
rialisten vergiftet wurden, eine Vereinbarung finden  
können über die Art und Größe der Entschädigung, die  
den verwüsteten Ländern, wie Belgien, Polen, Ga-  
lizien und Serbien usw. gegeben werden soll; aber es  
ist selbstverständlich, daß diese Entschädigung nichts  
gemeinsam haben darf mit einer Kriegsent-  
schädigung, womit man ein besiegtes Land straf-  
t. Ihre (der Minister) Erklärung, daß es ihnen unmöglich  
ist, die Union sacré (den Burgfrieden) zu brechen, basiert offenbar  
auf einem Mißverständnis, denn der Arbeiter- und Soldatenrat  
fordert nicht von irgend einer Partei als eine Bedingung im vor-  
aus, daß sie von der Politik, die sie bisher schon geführt hat, abläßt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat erwartet von der Konferenz der  
Sozialisten aller kriegführenden und neutralen Länder ein inter-  
nationales Zusammenwirken, das alle arbeitenden  
Klassen in der ganzen Welt inhaft setzen wird, gemeinsam  
für einen allgemeinen Frieden zu kämpfen, und die  
Verbindungen zu brechen, die sie durch Gewalt mit Re-  
gierungen und Klassen vereinigen, welche in imperialisti-  
schen Tendenzen gefangen sind und den Frieden ver-  
hindern. Deshalb erachtet es der Arbeiter- und Soldatenrat  
als unnötig, daß die Parteien als unerlässliche Bedingung ihrer  
Teilnahme an der Konferenz eine vorhergehende Zustimmung von  
anderen Parteien zu irgend welchen obligatorischen Beschlüssen ein-  
zuholen brauchten, denn dies würde unverständliche Widersprüche in  
bezug auf die Fragen hervorrufen, bei denen durch freundschaftliche  
Erörterung, eine für beide Parteien annehmbare Lösung herbei-  
geführt werden könnte. Sie (die Minister) wünschen, daß zuerst  
volle Einigkeit zwischen den Sozialisten der  
alliierten Länder erreicht werde; unsere Methode, das  
Problem zu stellen, macht eine ähnliche Vereinbarung unnötig; wir  
sehen ein, daß die Konferenz keinen Erfolg haben wird,  
wenn sich die Sozialisten als Vertreter zweier  
kriegführender Parteien betrachten, statt als Re-  
treter einer einzigen Bewegung der Arbeiterklasse für das gemein-  
same Ziel: einen allgemeinen Frieden.

### Gompers für einen internationalen Kongreß.

Der Vorsitzende der amerikanischen Federation of Labour Jan-  
tie, wie der Stockholmer „Socialdemokraten“ berichtet, ein Telegramm  
an Duncan, der die amerikanischen organisierten Arbeiter in der  
amerikanischen Mission nach Rußland vertritt. Er betont darin, daß  
eine Konferenz nach Petersburg einberufen wird, um die Mög-  
lichkeit zu erörtern, einen Kongreß von sozialistischen Organisationen  
und Gewerkschaften der ganzen Welt einuberufen. Duncan wird  
bevollmächtigt, an einer solchen Konferenz teilzunehmen.

## Bewegung in Spanien.

Spanien leidet schwer unter den sozialen Wirkungen des  
Krieges und diese wirken sich mit heftigen Reue-  
rungen politischer  
Unwillens zusammen. Die Pariser Blätter bringen eine Reihe  
aufsehenerregender Berichte aus Spanien über Schwierigkeiten  
und Zustände in asturischen Kohlenbergbau, über eine Bewegung  
unter den Eisenbahnern in ganz Spanien, über das Aufstehen von  
Beamtenverbänden gegenüber ihren Zentralbehörden, über un-  
erträgliche Lebensmittelpreise, über eine Wahrung in der Fortschritts-  
partei und über eine Unabhängigkeitserklärung in Katalonien;  
dazu kommt die schwierige auswärtige Lage Spaniens. Trotzdem,  
sagt der Madrider Berichterstatter vom „Welt Pariser“, glaubt  
man an eine erfolgreiche Wirksamkeit des Kabinetts Dato.

Zu beachten ist, daß es Ententeblätter sind, die diese Repor-  
tage von Schwierigkeiten aufzeigen. Ihr Eifer verrät, wie sie zu  
dem neuen spanischen Ministerium, das die Neutralität will, stehen.  
Daß das Ministerium Dato zwischen Dornen gepflanzt wurde,  
läßt sich natürlich nicht bestreiten. Reuter meldete letzter Tage:  
Eine Gruppe von Abgeordneten verschiedener Parteien veröffent-  
lichte ein Manifest, in dem sie darlegte, daß die Verfassung dadurch  
verletzt wird, daß man das Parlament daran verhindert, sich mit  
Fragen, die für das Land wichtig sind, zu beschäftigen. Die Ab-  
geordneten kündigen die Einberufung sämtlicher Mitglieder des  
Parlamentes an, um über die Maßregeln zum Schutze des Parla-  
ments zu verhandeln.

Es ist deutlich genug, daß es sich um ein Manöver von Inter-  
ventionisten handelt, die sich auch hier in die demokratische Wunde  
stecken, um für ihr Ziel, das die blutige Autokratie des Krieges  
aufzufrischen soll, die breiten Schichten des Volkes wirksamer angu-  
wärteln.

Das konservative Kabinett sucht der drohenden Gefahr durch  
Zugebändnisse, die ihm im Exere Sympathien schaffen sollen, zu be-  
gegnen. Die „Times“ meint, das sei ihm schon gelungen. Das Blatt  
meldet aus Madrid: Die veröhnliche Haltung Datos bezüglich  
das Publikum und die Unzufriedenheit wurde abgewendet durch  
das den Infantaricoffizieren gemachte Zug-  
ständnis des Rechts, Verteidigungsausschüsse zu  
bilden. Das Ziel Datos wird sein, daß die Ausschüsse die Neu-  
tralität verteidigen sollen. Er erkennt damit an, daß die gegen-  
seitige Bewegung im Exere ein Faktor ist, der besondere Maß-  
nahmen notwendig macht. Wo nun aber gesagt wird, Dato zu  
geständnis habe beruhigend gewirkt, so ist, was den Sinn des  
Wortes anlangt, auch in diesem Falle zu beachten, daß ein Entente-  
blatt, das Spanien auf Seiten der Alliierten wissen möchte, diese  
Redung macht.

# Die Sozialdemokratie für die Feldgrauen.

## Löhnung.

Die Löhnung der Soldaten beträgt bei den nichtberittenen Truppen im Frieden 83, im Kriege für mobile Truppen 88 Pfennig pro Tag; die Löhnung kranker, in Lazaretten untergebrachter Soldaten beträgt pro Tag 10 Pf. Waren diese Löhnungsverhältnisse schon an sich unbefriedigend, so wurden sie nach Kriegsausbruch geradezu zu einer Quelle von Unzufriedenheiten aller Art. Die Kriegsbefehlsordnung entbehrt einer klaren Feststellung darüber, wann ein Truppenteil als mobil oder immobil anzusehen ist. So kam es, daß Truppenteile, die im Inlande standen, als mobil angesehen und entlohnt wurden, während Truppen, die als Bewachungsmannschaften, als Bahnschutz usw. in Feindesland standen, immobil waren. Kam es doch sogar vor, daß in inländischen Garnisonen ein Teil der Truppen mobil, der andere immobil war! Die Verhältnisse, ganz klare, unperfektbare Merkmale zur Unterscheidung zu schaffen, schlugen fehl. Um diesen Mangel etwas auszugleichen, brachten die Sozialdemokraten bereits im August 1915 im Haushaltsausschuß den Antrag ein:

„Vorsorge zu treffen, daß allen in Feindesland stehenden Mannschaften die Kriegslöhnung gewährt wird.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ganz unhaltbar wurde aber der Zustand mit der Ernte- und Löhnung. Diese Löhnung war gedacht für Mannschaften, die wegen Erkrankung in den Lazaretten liegen und dort besondere Ausgaben gar nicht machen können. Der Krieg schuf auch darin andere Verhältnisse. Die Verwundeten wurden in großer Zahl noch mitunter recht teuren Kurorten zur völligen Wiederherstellung verbracht. Sie waren dort Kurgäste mit einem täglichen Einkommen von 10 Pfennig! Die Sozialdemokraten beantragten, auch im August 1915:

„Verwundeten und erkrankten Soldaten zunächst für die Dauer des Krieges und mit der Wirkung vom 1. August 1915, unter Wegfall der Krankenzahlung die Friedenslöhnung zu gewähren.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und von der Regierung rasch durchgeführt. Offenbar gelingt es, diese Verbesserung auch im Frieden zu erhalten.

Im Dezember 1915 wurden im Haushaltsausschuß des Reichstags wieder Löhnungsfragen behandelt. Das Plenum forderte eine Erhöhung der Mannschafslöhnung um 50 Proz. Ein sozialdemokratischer Antrag, der finanziell auf das gleiche hinauslief, forderte:

- a) für alle in Feindesland stehenden Mannschaften mit Wirkung vom 1. Dezember 1915 die Zahlung von 80 Pf. pro Tag,
- b) für alle im Inlande befindlichen Mannschaften mit gleicher Wirkung auf 50 Pf. pro Tag festzusetzen,
- c) die bisher bezahlten Zulagen sollen den Mannschaften auch weiterhin gewährt werden.“

Unsere Redner haben scharf den Kontrast herbeigeführt zwischen der Bezahlung der Offiziere und Beamten und der Löhnung der Mannschaften. Den Anträgen war eine große Mehrheit sicher, als vom Zentrum plötzlich der Antrag kam, sie der Regierung als Material zu überweisen. Trotz der sehr beweiskräftigen Einmäand unserer Genossen wurde dieser Antrag im Ausschusse angenommen. Im Plenum wies unser Fraktionsredner eindringlich darauf hin, daß die Ueberweisung als Material ein Verzicht auf die Heberweisung als Material ist — vergebens. Das Plenum beschloß die Ueberweisung als Material und die Regierung benutzte später diesen Unstand recht geschickt, als sie behauptete, ein positiver Beschluß des Reichstags auf Erhöhung der Mannschafslöhnung liege nicht vor. In einem direkten Beschluß des Reichstags hätte der Bundesrat Stellung nehmen müssen, die Ueberweisung als Material entbehrt dieser Verpflichtung.

Schon im März 1916 bot sich die Gelegenheit, erneut auf die Verbesserung der Soldaten zu bringen. Unsere Genossen beantragten:

- 1) die Löhnung der Gefreiten und Gemeinen bei den immobilen Formationen um 33 1/2 Proz. zu erhöhen,
- 2) hinsichtlich eine Abänderung der Kriegsbefehlsordnung — (Mannschaften) — dahingehend herbeizuführen, daß die Löhnung der unter den Siffern 60, 61 und 62 aufgeführten Kategorien um 50 Proz. erhöht wird.“

Diese Siffern betreffen Gemeine, Gefreite und Obergefreite. Diese Form wurde gewählt, weil erklärt worden war, eine Umarbeitung der Kriegsbefehlsordnung sei während des Krieges unmöglich. Eine Abänderung in der vorgeschlagenen Form konnte natürlich nicht die mindeste Schwierigkeit bieten. Die beiden Anträge wurden abgelehnt.

Gleichzeitig traten unsere Genossen für eine Verbesserung der Arbeiter in den militärischen Betrieben ein, indem sie beantragten: „zu veranlassen, daß — soweit es noch nicht geschehen ist — die Löhne der Arbeiter in den Reichsbetrieben, entsprechend der gegenwärtigen Teuerung erhöht werden.“

Dieser Antrag wurde angenommen, aber nur sehr unvollkommen durchgeführt.

Am Oktober 1916 forderten unsere Genossen noch, daß den Grenzschutztruppen mobile Löhnung gewährt wird.

Zwar wurde auch dieser Antrag angenommen, der Bundesrat entsetzte aber, daß für die Gewährung der mobilen Löhnung kein Anlaß vorliegt!

Als dann im April 1917 der Etat des Kriegsministeriums wieder zur Beratung kam, erneuerte die sozialdemokratische Fraktion ihr Verlangen nach einer angemessenen Erhöhung der Mannschafslöhnung und gleichzeitig forderte sie vom Staatssekretär des Reichsschatzamtis Auskunft darüber, wie es sich zu dieser Forderung stelle. Als Antwort kam der Hinweis auf die hohe Summe, die eine Erhöhung der Mannschafslöhnung erfordere, aber — man wolle wohlwollend prüfen! Am besten läßt sich die ganze Sachlage wohl durch die Tatsache kennzeichnen, daß ein Soldat, der drei Jahre im Felde steht, nicht so viel an barem Gelde bekommen hat, als wie ein Hauptmann bei einer mobilen Formation in einem Monat! Der Reichstag hat jetzt einstimmig dem Antrage zugestimmt, den Reichsschatzamtler zu ersuchen, auf eine angemessene Erhöhung der Mannschafslöhnung hinzuwirken. Es liegt also nun endlich ein positiver Beschluß des Reichstags vor und es muß unbedingt erwartet werden, daß die Zustimmung des Bundesrats rasch erfolgt.

## Urlaub.

In früheren Kriegen konnte man Urlaub aus dem Felde so gut wie nicht. Die Kriege waren Bewegungskriege, die eine Verurlaubung fast unmöglich machten. Anders im Stellungskrieg, wo die Truppe immer rasch wieder erreicht werden kann, und noch dazu in einem Kriege von jahrelanger Dauer. Schon einige Monate nach Kriegsausbruch forderten wir, den Mannschaften und Unteroffizieren aus dem Felde Urlaub in die Heimat zu geben und, damit der Urlaub bei den rieligen Entfernungen nicht schließlich zu einem Verzicht der Bekleidenden wird, beantragten wir im Mai 1915: „zu veranlassen, daß den beurlaubten Mannschaften von jetzt ab freie Fahrt in die Heimat und zurück gewährt wird.“

Der Antrag fand Annahme und wurde auch bald durchgeführt. Daß für die Soldaten damit eine große Erleichterung geschaffen wurde, steht außer Frage.

Das Bedürfnis nach Urlaub war natürlich groß und nun ergab sich eine neue Schwierigkeit: Viele Soldaten waren 18 Monate und länger im Felde, aber daß sie auch nur einen Tag Urlaub erhalten hätten. Das zeigte im März 1916 den folgenden Antrag:

„dabin zu wirken, daß nunmehr tunlichst bald allen Mannschaften und Unteroffizieren, die mindestens seit einem Jahre ohne wesentliche Unterbrechung ununterbrochen im Felde stehen, entsprechender Urlaub gewährt wird. Ferner dem Reichstag baldigst eine Verordnung vorzulegen, durch die bestimmte Richtlinien für die Urlaubsgewährung für Angehörige des Heeres und der Marine aufgestellt werden.“

Der Antrag wurde angenommen und das Kriegsministerium hat auch eine Verfügung hinausgegeben, wonach, wenn es die dienstlichen Verhältnisse gestatten, jedem Mann jährlich einmal Urlaub erteilt werden soll. Selbstverständlich ist die sozialdemokratische Fraktion auch mit Entschiedenheit dafür eingetreten, daß den in der Heimat befindlichen Mannschaften möglichst oft Urlaub gegeben wird, wie auch ein weiterer sozialdemokratischer Antrag in Annahme fand, den erkrankten oder verwundeten Soldaten vor ihrer Wiederaufsendung ins Feld entsprechenden Erholungsurlaub zu gewähren.

In der freien Fahrt erhalten die Urlauber ein Bestätigungsgehalt von 2 Mark pro Tag für die Dauer des Urlaubs. Dieses Bestätigungsgehalt ist bei Eintritt des Urlaubs dem Mann auszubehalten. Es kommt nur dann in Wegfall, wenn es sich um den üblichen Sonntagsurlaub oder um solchen Urlaub handelt, der zum Zwecke des Erwerbs im nicht-eigenen Betriebe erteilt wird. Außerdem ist zugesagt worden, mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß jeder Mann, der mindestens seit einem Jahre im Felde steht, und noch keinen Urlaub hatte, nunmehr einen solchen erhalten soll.

## Das Puhgeld.

Der zum aktiven Dienst einberufene Mann erhält ein Puhgeld in Höhe von 740 Pf. Die Mannschaften, die vor der Einführung des Puhgeldes gedient haben, erhielten es jetzt bei ihrer Einberufung zum Kriegsdienst nachbezahlt. Dieses Puhgeld war auf die zwei aktiven Dienstjahre berechnet und aus diesem Grunde war es voll bezahlt, wenn die Sozialdemokraten den Antrag stellten, daß der langen Dauer des Krieges dieses Puhgeld noch einmal zu gewähren. Aber abgesehen davon sprach auch noch ein anderer Grund für den Antrag. Die Offiziere erhielten gleich im ersten Kriegsjahr ein zweites Mobilmachungsgeld, wobei es sich immerhin um Summen von recht erheblicher Höhe handelte. Der Reichstag stimmte dem Antrag zu, der Bundesrat lehnte ihn ab, weil ein Bedürfnis nicht vorliege. Der Antrag wurde dann von den Sozialdemokraten wiederholt und der Reichstag hat jetzt abermals beschlossen:

„den Mannschaften und Unteroffizieren, die einschließlich ihrer aktiven Dienstzeit mindestens zwei Jahre unter den Fahnen stehen, ein zweites Puhgeld zu gewähren.“

Das Bedürfnis ist zweifellos schon damit gegeben, daß der Soldat heute ganz erheblich höhere Preise für Nahrungsmittel anlegen muß.

(Ein dritter Artikel folgt.)

überlegenen feindlichen Aufklärungsstrahlkraften bis zum letzten Augenblick feuernd vor der feindlichen Küste gesunken ist, ist über das Verhalten der Engländer bei Rettung der Ueberlebenden von „S. 20“ folgendes festgestellt:

Nach dem Untergang des Bootes fuhren englische Zerstörer an die im Wasser treibenden Schiffbrüchigen heran. Ein Zerstörer mit der Bezeichnung „F. 51“ setzte einen großen Torpedobootstatter aus, der bei dem herrschenden ruhigen Wetter gut 20 Mann fassen konnte. Er nahm jedoch nur 7 Ueberlebende über, die übrigen im Wasser treibenden und zum Teil schwer verwundeten Leute, u. a. die Wachtmeistermaate Jhle und Rische, die später beide ertrunken sind, wurden durch Schläge mit Seitengewehren und Säbeln zurückgeschlagen, als sie sich an den Rutter festhalten wollten: einem hielt der Zerstörer sogar die Pistole vor die Stirn. Die Befehle des Zerstörers machte keine Anstalten, etwa 10 Leute, die nur 2 bis 3 Meter vom Zerstörer entfernt schwammen, zu retten. Nach Einsetzen des Rutters fuhr der Zerstörer mit hoher Fahrt fort. Weitere Zerstörer, die dicht an den Ueberlebenden vorbeifuhren, brachten weder ihre Silberzufe noch ihr Winken: die englischen Seeleute lachten vielmehr, riefen den Schiffbrüchigen Worte zu, die nicht verstanden wurden und zeigten ihnen ihre Granaten.

Die Vermutungen haben außerdem ergeben, daß ein englischer Zerstörer durch die artilleristische Wirkung unserer beiden Torpedoboote in Brand geraten war und anscheinend später von den Engländern versenkt wurde.

## Der französische Schiffsraumangel.

Die Zeitung „Revue“ schreibt über die Lage der französischen Handelsmarine: Die Verluste durch Kriegereignisse betragen 700 000 Tonnen, die durch Anlauf ausländischer Schiffe mehr als weitgemacht sind. Dagegen ist der Bedarf an Frachtraum verdoppelt. Frankreich zahlt an England, Amerika und die Neutralen an Frachtgebühren monatlich bis 1/2 Milliarden Frank.

Bei Schiffsanläufen kostete vor Kriegsausbruch die Tonne 250 bis 300 Frank, jetzt bezahlt man bei neuen Schiffen 1600 bis 1800, bei älteren Schiffen 1200 bis 1500 Frank für die Tonne.

Die von der Regierung geforderten Kredite von 300 Mill. sind durchaus unzulänglich —, denn man kann höchstens 30 Fracht-

Stiffe von je 5000 Tonnen oder 150 von je 1000 Tonnen dafür anlaufen. Auf diese Weise wird am Frachtraummangel Frankreich nichts geändert.

Das Blatt sagt schließlich: Es ist unbedingt notwendig, daß, ohne auf die Kosten zu achten, alle Werften mit Hochdruck arbeiten und im Ausland alle verfügbaren Schiffe aufzulaufen, sogar in den Vereinigten Staaten, Kanada, Japan und England Bestellungen für Handelschiffe abzugeben. Selbst dann, wenn alle diese Werften für Frankreich arbeiten, wird der Bedarf der französischen Flotte noch lange nicht gedeckt sein, aber es werden immerhin Dreiviertel des Transportbedarfs gedeckt werden können.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Heber die Meuterei russischer Truppen in Frankreich, die jüngst geschah und die man französischerseits als bößig harmlos hinzustellen versucht, wird aus angeblich sicherer Quelle bekannt, daß aus der Schar der Meuterer, die nicht weiterhin für Frankreich kämpfen wollten, kurzerhand 150 Leute als Meutereiführer herausgelöst und von diesen jeder Zehnte, insgesamt also 15, erschossen wurden.

Die Ausdehnung der englischen Linien an der Westfront. Von der Schweizerischen Grenze wird der „Nöln. Ztg.“ gemeldet: Die Pariser Blätter melden, der Abgeordnete Abel Ferry brachte in der Kammer einen dringenden Antrag ein, worin die Regierung aufgefordert wird, die Ausdehnung der englischen Linien an der Westfront durchzuführen, um dadurch die Möglichkeit zu schaffen, daß nach dem Winterfeldzug ein Rückzug oder ein Viertel der französischen Front in Ruhestellung gehen könne.

Die französische Kohlenkrise. Senator Humbert erklärt im „Journal“ die kürzlich an die Presse gegebene halbamtliche Mitteilung, wonach die Kohlenherzeugung in Frankreich seit mehreren Monaten um 30 Proz. gesunken sei, für eine Lüge. Die Kohlenherzeugung, die nach der Mitteilung 2,5 Millionen Tonnen betragen müßte, habe im März nur 2,18 Millionen erreicht. Die Kohlenkrise werde täglich enger und könne nicht durch Lügen aus der Welt geschafft werden.

Uegen die Dienstlicht in Kanada. In Montreal haben Kundgebungen gegen die Ausschickung stattgefunden, in der Vorstadt Verdun hat die Menge in den Hauptstraßen die Fenster eingeschlagen.

## Politische Uebersicht.

### Wieder einig!

Der „Matin“, das wilde Kriegsbeherblatt von Paris, hat Angst, daß die ruhigen Darlegungen der deutschen Deutschrift für Stockholm Eindrud auf vernünftige Franzosen machen könnten und simuliert deshalb einen Lobuchtsanfall: „Jede Erörterung ist überflüssig mit den unverschämten Vertretern des deutschen Größenwahns“, so schreibt er. Darüber sind wiederum unsere Mitdeutschgen quietischvergünstigt, und die „Berl. Neuesten Nachrichten“ schreiben:

Wir haben im Augenblick keinen Anlaß, uns mit der Privatarbeit einiger Genossen eingehender zu beschäftigen; um so weniger, als die Gefahr, daß die deutschen Sozialdemokraten in Stockholm größeren Schaden anrichten könnten infolge der ablehnenden Haltung der Franzosen und Engländer und der immer deutlicher betonten Forderung Elays, Vorbrüggen für Frankreich auch durch die übrigen Glieder der Internationale im Augenblick beseitigt zu sein scheint.

Es ist höchst spannend, zuzusehen, wie diejenigen, die den Krieg wollen, sich immer wieder von hüben und drüben in die Hände arbeiten. Ihre Geschicklichkeit darin könnte Vorbildlich für die sein, die hüben und drüben den Frieden wollen!

### Kriegsziele der „Wardfeldpost“.

Aus dem Felde wird uns Nr. 23 des 4. Jahrganges der in Berlin herausgegebenen „Wardfeldpost“ vom 2. Juni d. J. zugefandt. Die Nummer enthält u. a. einen Auszug aus der bekannten Vöftingschen Deutschrift über Belgien. (Belgien muß genommen und gehalten werden.) Ferner einen Auszug aus der Zirkus-Wufch-Rede des Geh. Konfistorialrats Seeberg vom 13. Mai d. J. („Wir brauchen Brien. Die belgische Küste wird nicht wieder herausgegeben. Die russischen Hejungen bleiben in unserer Hand. Aurland und Litauen werden nie mehr herausgegeben.“)

Die Nummer trägt an ihrem Kopf den Vermerk: Auf Veranlassung des Stellvertretenden General-Kommandos.

### Katholizismus und AIddeutschum.

Gegen das Treiben der „Nöln. Volksztg.“ und geistverwandter Zentrumsblätter wendet sich mit scharfen Ausführungen Dr. Heinz Teipel im „Clevischen Volksfreund“. Er schreibt:

Es ist nötig, daß im katholischen Volke Deutschlands der Boden zur Friedenskultur weiter verbreitet wird. Katholische Blätter sollen wissen, daß die Nation nicht das letzte und höchste Gut ist. Wenn unsere AIddeutschen ihr Vergnügen dabei finden, überdeutsche Politik zu treiben, so können wir das nicht hindern — sie haben ihre eigenen Ziele. Aber als Katholiken, die auch das nationale Leben von einer höheren Werte aus zu betrachten beliebt sind, sollten wir alles vermeiden, was uns in den Verdacht ihrer Gefolgshaft bringt.

Von „Verdacht“ kann nicht mehr gut die Rede sein. Die „Nölnische Volkszeitung“ ist eben ein allddeutsches Blatt von reinem Wasser.

## Letzte Nachrichten.

### Die Krise in Spanien.

Amsterdam, 18. Juni. Dem „Handelsblad“ wird aus London gemeldet: Die Krise in Spanien entwickelt sich, so meldet der „Daily Express“: Alle republikanischen Parteien haben sich vereinigt, um die politische Revolution zu fördern. Die Armee fordert drastische Reformen. Die Arbeiterklasse ist im Aufstande gegen die hohen Preise der Lebensmittel und droht mit dem Generalstreik. Der Beiratsstatter des „Daily Express“ erklärt weiter, daß die schwebend bestehende Ruhe nur oberflächlich sei. Am Sonnabend hielten die Republikaner aller Richtungen und Schattierungen in Konferenznummer des Parlaments eine Versammlung ab. Die Konferenz proklamierte die „Union Sacre“ („heilige Einigkeit“) und nahm Resolutionen an, worin gesagt wird, daß jene Maßnahmen treffen werde, um den Triumph der Volksregierung und die Wiederherstellung des Rechts, die alle Klassen forderten, zu sichern.

### Amerikanisches Petroleumschiff versenkt.

Bern, 18. Juni. „Progress du Lion“ meldet aus New York: Das amerikanische Petroleumschiff „Moroni“ wurde nach heftigem Gefecht auf sieben Kilometer Entfernung versenkt.

### Regen im Westen!

Essen, 18. Juni. Im gesamten Industriegebiet ist heute nachmittags ein schwarzes Gewitter mit ergiebigen Regenschauern niedergegangen.

## Die holländischen Wahlen.

Das holländische Parteiorgan „Het Volk“ schreibt zu dem Ausfall der holländischen Wahlen, die unter dem Zeichen des Kampfes um die Verfassungsreform stattfanden: „Mit dem Resultat, das die Wahlurne ergeben hat, ist das Zustandekommen der Verfassungsreform nach menschlicher Berechnung gesichert. Dies ist die Hauptbotschaft. Darum freuen wir uns über diesen Ausgang. Die Art inwiefern, wie dies Resultat erreicht wurde, steht zu sehr im Zeichen des holländischen Völkemas, als daß wir heute einen Jubelruf ausstöhnen könnten. (Es haben nämlich mehr denn 50 Proz. der Wähler von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht und eine große Anzahl weiterer hatte eines allgemeinen Unzufriedenheit Ausdruck verliehen.) Das Resultat der Wahlen ist die Sicherheit, daß wie im folgenden Jahre das allgemeine Wahlrecht werden exorbitant haben.“

In Amsterdam findet eine Stichwahl statt, worin der unabhängige Sozialist die Entscheidung gibt. Im übrigen ist gemäß dem Parteibündnisse keine Veränderung in dem bisherigen Besten der Parteien eingetreten.

## Der Krieg auf den Meeren.

### Versenkt.

Ferlin, 17. Juni. Im englischen Kanal wurden durch unsere U-Boote fünf große englische Dampfer, von denen drei bewaffnet und einer anscheinend ein Tankdampfer war, ferner fünf Segler und acht Fischerfahrzeuge versenkt. Darunter befanden sich der englische Dreimastdampfer „Phantom“, der englische Hojtschoner „Alfred“ (früher deutsch) mit Kohlen von Remscheid nach Caen, der englische Motorschoner „Marjorie“ und ein unbekannter englischer Schoner mit Kohlenladung, sowie die englischen Fischerfahrzeuge „Ceran“, „Orward“, „Lorban“, „Laf“, „Gorand“ und die französischen Fischerfahrzeuge „Eugenie“, „Walpurgis“, „Francois“, „Georgette“, „H.“, „1005“ und „Madefeine“.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

### Als „S. 20“ sank.

Berlin, 18. Juni. Amlich. Aus den nunmehr vorliegenden amtlichen Auszügen der Berichte des Torpedobootes „S. 20“, das, wie feinergezt veröffentlicht, am 5. Juni nach heftigem Gefecht mit

# Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.  
Eisenbahnerversammlung.

In einer gut besuchten Versammlung, die der Deutsche Eisenbahnerverband am Sonnabend in Obiglos Saal abhielt, sprach Rechtsanwalt Dr. Heinemann über: „Das Arbeiterrecht im neuen Deutschland“. Der Redner führte u. a. aus: Durch die Zulassung des Verbandes im Betriebe der Staatsbahnen ist das Organisationsleben der Eisenbahner auf eine neue Grundlage gestellt. Sie können sich jetzt, ohne Nachteile befürchten zu müssen, der gewerkschaftlichen Tätigkeit in einer Weise widmen, wie es vordem nicht möglich war. Die Zulassung ist allerdings durch das schwere Opfer erkauft worden, daß die Verbandsleitung erklärte, von dem Mittel der Arbeitsniederlegung keinen Gebrauch zu machen. Auf die Vorwürfe, die der Verbandsleitung wegen dieser Erklärung von gewisser Seite gemacht wurden, will ich nicht eingehen, sondern mich nur an die tatsächlichen Verhältnisse halten, die durch diese Erklärung gegeben sind. Die eingegangene Verpflichtung, von der Arbeitsniederlegung keinen Gebrauch zu machen, muß erfüllt werden, weil eine Nichterfüllung des Versprechens gegen Treue und Glauben verstößt würde, und weil die Vertragsstreue die Grundlage des ganzen Organisationslebens bildet. Der Arbeitsvertrag ist ja nur noch dem Schein nach ein Vertrag zwischen dem einzelnen Unternehmer und dem einzelnen Arbeiter. In Wirklichkeit ist er ein Kollektivvertrag zwischen den Unternehmern und den Arbeitern. Als solcher bildet er tatsächlich einen Teil des öffentlichen Rechts, obgleich das in den geltenden Rechtsnormen noch nicht zum Ausdruck kommt. In den Tarifverträgen kommt die Auffassung vom Kollektivvertrag zum Ausdruck. Der Tarifvertrag ist nicht denkbar, wenn nicht der Grundgedanke der Vertragsstreue bis zum äußersten erfüllt wird. Daraus halten die Organisationsleistungen an diesem Grundgedanken unbedingt fest. Dieser Grundgedanke gilt auch für die Erklärung, die die Leitung des Eisenbahnerverbandes dem Minister gegenüber abgegeben hat. Wer dieser Erklärung zuwider handeln würde, der würde damit aufhören, Mitglied der Organisation zu sein. In diesen allgemeinen Grundsätzen kommen noch die durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse. Vor dem Kriege haben wir mit gutem Grunde darüber geflagt, daß die Arbeiter in unserem Vaterlande rechtlos und geduldet waren. Das konnte aber kein Grund sein, unser Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stich zu lassen. Getreu unseren Grundgesetzen treten wir für die Erhaltung des Vaterlandes ein und wir wollen seine Einrichtungen verbessern. Aber die Erhaltung des Vaterlandes will, muß auch die dazu notwendigen Mittel wollen. Aus diesem Grunde ist es für die Eisenbahner — abgesehen von der Erklärung ihrer Verbandsleitung — selbstverständlich, daß in der Kriegszeit keine Arbeitsniederlegung stattfindet, denn eine Stilllegung des Eisenbahnbetriebes würde den Krieg zu unseren Ungunsten entscheiden.

Nun könnte man sagen, das Versprechen der Verbandsleitung hätte nicht für die Zukunft gegeben werden brauchen. Ich halte diese Argumentation für unrichtig. Mit dem Augenblick, wo die Waffen ruhen, ist der Kampf der feindlichen Mächte gegen Deutschland nicht zu Ende. Dann wird der wirtschaftliche Kampf beginnen, durch den Deutschland vom Weltmarkt abgeschnitten werden soll. Um diesen Plan der gegnerischen Mächte zu vereiteln, gibt es nur ein Mittel: Höchstmögliche Steigerung der Produktion. Die Eisenbahn ist für die Steigerung der Produktion so wesentlich, daß ihr Betrieb nicht gestört werden darf. — Vor vier bis fünf Jahren hätte die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der jede beschleunigte Steigerung des Eisenbahnbetriebes und anderer den öffentlichen Interessen dienenden Einrichtungen, ja selbst den Versuch einer Steigerung mit schwerer Gefängnisstrafe bedrohte. Die Gefahr, daß derartige gesetzgeberische Maßnahmen wiederkehren, dürfte nicht wiederkehren.

Wenn gesagt wird, nach dem Verzicht auf die Ausübung des Streikrechts unterschleibe sich der Eisenbahnerverband nicht mehr von den anderen Eisenbahnerorganisationen, so trifft das nicht zu. Die anderen Organisationen fordern ein besonderes Staatsarbeiterrecht. Bekämen wir ein Staatsarbeiterrecht, so würde es die Staatsarbeiter niemals den Beamten gleichstellen, sondern es würde ihnen nur die Pflichten der Beamten auferlegen, ihnen aber nicht die Rechte der Beamten gewähren. Deshalb wollen wir kein Staatsarbeiterrecht, sondern wir sehen auf dem Standpunkt: Die Staatsarbeiter sind ein Teil der gesamten Arbeiterschaft. Nichts unterscheidet sie von anderen Arbeitern. Die Eisenbahner haben deshalb zur Verbesserung ihrer Lage dieselben gewerkschaftlichen Mittel wie die anderen Arbeiterorganisationen anzuwenden, mit Ausnahme des Streikrechts. Das Staatsarbeiterrecht würde der Selbsthilfe, durch die die Arbeiterorganisationen groß und stark geworden sind, ein Ende machen. Dadurch, daß wir das Staatsarbeiterrecht ablehnen und uns auf den gewerkschaftlichen Boden stellen, unterscheiden wir uns wesentlich von den anderen Eisenbahnerorganisationen.

Zum Schluß wies der Redner darauf hin, daß die Gewerkschaften nach dem Kriege, wenn das deutsche Wirtschaftsleben sich auf ganz anderen Grundlagen als früher abspielen werde, große und wichtige Aufgaben im Interesse der Arbeiter zu erfüllen haben, und es deshalb die Pflicht aller Arbeiter sei, treu zur Organisation zu halten, jede Zersplitterung zu vermeiden, sowie an der Ausbreitung und Stärkung der Gewerkschaft mitzuarbeiten. (Lebhafte Beifall.)

Nach einer dem Referenten zustimmenden Aussprache wurde bei der Erörterung von Verbandsangelegenheiten ein Antrag gestellt, der die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde und die Erhöhung der Löhne um 3 1/2 Proz. forderte. — Schließlich nahm die Versammlung den Antrag in der folgenden vom Vorsitzenden **Bruner** vorgelegten Fassung einstimmig an:

„Die Versammlung fordert die Beschränkung der Arbeitszeit auf das unbedingt notwendige Maß. Ueberstunden sollen nur zur

Erfüllung notwendiger Arbeiten gemacht werden, aber nicht zu dem Zweck, um den Verdienst der Arbeiter zu erhöhen. Die Löhne der Eisenbahnarbeiter sollen den Löhnen gleichartiger Arbeiter in Privatbetrieben gleichgestellt werden.

Die Bruner bemerkte, wird die Verbandsleitung diese Forderung — was sie ohnehin schon beabsichtigt hatte — im Verbandsorgan vertreten.

## Ausland.

### Allgemeiner Ausfall im Rotterdamer Hafen.

Rotterdam, 17. Juni. (Redung der Niederländisch Telegraaf Agentensch.) Eine starkbesuchte Versammlung von Vereinigungen der Hafenarbeiter hat beschlossen, am Montag einen allgemeinen Ausfall im Rotterdamer Hafen zu beginnen, der sich auch auf den Betrieb der Elevatoren, Hebebrücken, Sektbrücken usw. erstrecken soll.

## Parteinachrichten.

### Aus den Organisationen.

Die Wahlkreisorganisation für Ostpreußen-Bitterfeld entschied in der am 17. Juni stattgefundenen Generalversammlung ihren Uebertritt zu den „Unabhängigen“. Es stimmten 15 Delegierte für, vier gegen den Uebertritt. Ein Kreisvorstandsmitglied stimmte nicht, erklärte aber unter Beifall, daß er die Unterstützung jahrzehntelanger, mühsamer Parteiarbeit nicht milde mache. Damit haben von den acht Wahlkreisorganisationen dieses Agitationsbezirks sechs die Parteispaltung vollzogen, wozu mit der Ostern 1917 in Gotha vollzogene Gründung einer Gegenorganisation gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands das Signal gegeben war.

Unter welcher schwacher Beteiligung der Uebertritt zum Teil vollzogen ward, ist aus diesem Bezirk bereits einmal berichtet worden. Ueber laues Parteileben wurde auch in den Berichten dieser Generalversammlung geflagt.

Vom Abgeordneten des Kreises Rauthe sei festgehalten, daß er erklärte, er sei bei der Fraktionsmehrheit geblieben, um die Organisationsförderung zu verhindern und in der Hoffnung, die Minderheit werde bald die Mehrheit erlangen. Die Fraktionsminderheit könne nach seiner Meinung von der beschränkten Taktik nicht mehr zurück und deshalb sei das Abgehen zu den „Unabhängigen“ zur Notwendigkeit geworden. Drei Tage vor der Generalversammlung hat er in Eisenburg noch gegen diesen Uebertritt gesprochen und gestimmt.

Die Erfurter Genossen, die fest zur Partei stehen und die Schwächung des früheren dortigen Wahlkreises zu der U. S. P. D. nicht mitmachen wollen, haben am Donnerstag eine neue Organisation mit Genossen Reichhaus als Vorsitzenden des Ortsverbandes und Genossen Louis Güll als Vorsitzenden des Kreisverbandes gegründet. Es wurde folgende Entschliessung angenommen: „Nicht Trennung und Spaltung, auch nicht Herabsetzung des Bestehenden, sondern Auf- und Weiterbau des Vorhandenen ist der Grundgedanke in der Arbeiterbewegung. Deshalb lehnt es die heutige Parteiverammlung des Sozialdemokratischen Vereines für den Stadt- und Landkreis Erfurt ab, dazu beizutragen, die Klüfte zu vertiefen, welche durch den Beschluß vom 7. Juni (zur Unabhängigen Partei überzutreten) entstanden ist. Die Verammlung richtet den Wunsch und das Ersuchen an alle in der Partei gebliebenen Genossen und Genossinnen, in der kommenden Zeit weiter für den Gedanken des Sozialismus zu wirken und zu werden, damit jeder sein Teil mit beiträgt, Hindernisse zu beseitigen, welche die so nötige Einheit der Arbeiterschaft jetzt vereiteln.“

## Soziales.

### Städtische Verkaufsstellen und Konsumvereine.

Bekanntlich haben sich die Organisationen der Konsumvereine ebenso wie die der Kleinhändler unter Geltendmachung einer ganzen Anzahl auf praktische Erfahrung gegründeter Bedenken gegen die Errichtung städtischer Lebensmittelverkaufsstellen gewandt. Das ist ihnen von Leuten, die von den Voraussetzungen einer zweckmäßigen und vorteilhaften Warenverteilung nicht genügend Kenntnis besitzen, zum Teil verdacht worden. Ueber das Nachgeschick, das manche Gemeinden bezahen mußten, und über die vielfach großen Mißerfolge, die sie erlitten, wird aus begreiflichen Gründen heute im allgemeinen noch nicht viel geredet; zweifellos wird aber nach dem Kriege manches öffentlich erörtert werden, was geeignet ist, das hemangelte Vorgehen der Konsumvereine als nicht nur in deren Interesse begründet zu erweisen. Ein Fall mag schon heute angeführt werden; die Stadt Essen hat mit folgender Begründung ihre städtischen Verkaufsstellen für Lebensmittel aufgehoben:

Die Inanspruchnahme der Verkaufsstellen ist mit der Zeit so zurückgegangen, daß ihr Betrieb infolge der teilweise hohen Miete, des Gehalts für das umfangreiche Personal usw. sich außerordentlich hoch stellt und die Stadt mit großen Verlusten arbeiten muß. Endlich aber kommt hinzu, daß in den städtischen Verkaufsstellen außerordentlich große Verluste durch Diebstahl und beglichen entstehen. Die Bevölkerung scheint sonderbarer Weise anzunehmen, daß ein Bestehlen und Betrügen der Stadtverwaltung nicht so schlimm wäre wie das Bestehlen von Privatväten. Trotz schärfstem Vorgehen haben sich diese Mißstände immer weiter ausgedehnt, so daß auch aus diesem Grunde das Beibehalten der Verkaufsstellen nicht zu empfehlen wäre.

Es scheint uns auf das Bestehen doch zu viel Gewicht gelegt zu werden. Mit Einbrüchen haben nämlich auch die Privatgeschäfte und besonders auch die Konsumvereine nicht nur während des Krieges, sondern auch in Friedenszeiten in bedauerlich großem Umfange zu rechnen, ohne daß dadurch die Rentabilität der Ver-

triebe gefährdet würde. Entscheidend sind jedenfalls die anderen Gründe, die sich vollinhaltlich mit den von den Konsumvereinen in ihren Eingaben ins Feld geführten bedien. Es wäre schon richtig gewesen, die Gemeinden hätten sich vorhandener erprobter Verteilungseinrichtungen bedient, statt unter hohen Kosten neue zu schaffen, die erst erprobt werden mußten und die Probe, wie vorausgesehen war, nicht immer sonderlich gut bestanden. Die Konsumvereine haben jedenfalls, wo man sich ihrer bedient, ihre Aufgaben einwandfrei und zufriedenstellend gelöst, ohne selbst dabei Verluste zu erleiden. Die guten Erfahrungen z. B. die der Hamburger Staat dabei machte, haben ihn auch veranlaßt, jetzt einen Teil der Obst- und Gemüseversorgung der Handelsgesellschaft „Produktion“ zu überweisen, die schon die Rippen- und Knochenverteilung vorteilhaft regelte, was man von ähnlichen kommunalen Unternehmungen nicht eben behaupten kann. Es liegt wirklich kein Grund vor, Steuergrößen in Experimenten zu verplempern, wenn man es ohne Experimente ebenso gut und umsonst haben kann.

### Die Händlerhefte gegen die Konsumvereine

nimmt trotz des Burgfriedens ihren Fortgang. Nachdem es eine Zeitlang still war im mittelständischen Blätterwald, erörtern jetzt wieder Stimmen, die zum Kampf aufrufen gegen die verhassten Konsumgenossenschaften. Sogleich wird auch wieder die alte, verbrauchte Waffe aus der Kampfkammer hervorgeholt: die Behauptung, daß die Konsumvereine sozialdemokratische Einrichtungen seien und sozialdemokratische Propaganda trieben. Um diese Behauptung zu beweisen, werden allerlei Kleinliche, nebensächliche Dinge herangezogen. Daß einige Angestellte der Berliner Konsumgenossenschaft am 1. Mai gefeiert haben, und daß im Braunschwelger Konsumverein der Antrag gestellt worden ist, zwei politisch mißliebige Lagerhalter zu entlassen, diese beiden weiterschütternden Ereignisse werden dazu benutzt, um den sozialdemokratischen Charakter der Konsumgenossenschaften zu enthüllen. „Daß in den Konsumgenossenschaften selbst keine Politik getrieben werden darf“, so äußerte sich ein Händlerblatt kürzlich, „das ist jedem Kleinhändler bekannt. Aber ebenso bekannt ist auch, daß die Leitung hauptsächlich in sozialdemokratischen Händen liegt, und daß sehr häufig von den Leitern Terrorismus im Sinne ihrer politischen Ueberzeugung ausgedeutet wird.“ Es würde dem Blatte wohl sehr schwer werden, auch nur ein einziges Beispiel von genossenschaftlichem Terrorismus anzugeben, obwohl derartige Fälle ja nach seiner Behauptung „sehr häufig“ vorkommen.

Man braucht sich über eine solche dreiste Unwahrheit nicht weiter aufzuzeigen, und es hätte wenig Wert, sich gegen den Versuch zu wenden, den Konsumgenossenschaften den sozialdemokratischen Stempel aufzudrücken, da ja eine sozialdemokratische Betätigung durchaus keine Schande ist; aber im Interesse der Wahrheit muß doch festgestellt werden, daß die Konsumvereine lediglich wirtschaftliche und erzieherische, aber keine politischen Zwecke verfolgen. Die maßgebenden Personen in der Konsumgenossenschaftsbewegung haben — nicht aus Angst oder Vorurteil, sondern lediglich im Interesse der Bewegung — stets die politische Neutralität der Konsumvereine betont und auch dementsprechend gehandelt. In ihrer geschäftlichen Tätigkeit spielt die politische Bestimmung der Mitglieder oder der Angestellten keine Rolle. Man sollte also in der Händlerpresse endlich mit dem alten Ladenhüter aufhören, es könnte sonst sehr leicht möglich sein, daß der „sozialdemokratische“ Charakter der Konsumgenossenschaften im Grunde mit ihren anerkannten Leistungen auf die große Masse der Verbraucher eine solche starke Anziehungskraft ausüben wird, daß die Kleinhändler, wie die Lagerhalter, denen die Hefte weggeschmommen sind, zuletzt das Nachsehen haben.

### Orts- oder Innungskrankenkasse?

Ein Gastwirt, dessen versicherungspflichtige Angestellte Mitglieder der allgemeinen Ortskrankenkasse waren, trat der Innung bei und zahlte nur die Krankenkassenbeiträge an die Innungskasse, ohne daß er die Arbeiter bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse abmeldete. Diese verlangte aber die Beiträge weiter, solange keine Abmeldung erfolgt sei. Infolge der Weigerung des Gastwirts kam es zu einem Streitverfahren, in dem die Kasse abgewiesen wurde. Dabei führte das Reichsversicherungsamt aus, nach § 317 der Reichsversicherungsordnung habe der Arbeitgeber jeden von ihm Beschäftigten binnen drei Tagen nach Beginn und Ende der Beschäftigung und binnen der gleichen Frist auch Änderungen, die die Versicherungspflicht betreffen, zu melden. Im vorliegenden Falle wurden aber die Versicherungspflichtigen unverändert von ihrem Arbeitgeber weiter beschäftigt. Diese Vorschrift lasse sich deshalb auf den vorliegenden Fall nicht anwenden. Es zeige sich hier eine Lücke im Gesetz. Das sei zwar ein unbefriedigender Zustand, aber da die frühere Vorschrift, daß versicherungspflichtige Angehörige einer Ortskrankenkasse erst mit Beginn des neuen Rechnungsjahres und nur dann wirksam werde, wenn der Arbeitgeber drei Monate zuvor dem Vorstande der Ortskrankenkasse seinen Eintritt in die Innung nachgewiesen, absichtlich nicht in die Reichsversicherungsordnung übernommen worden sei, könne diese Lücke auch nicht durch die Rechtsprechung beseitigt werden. Solange der Gesetzgeber nicht eingreife, könne eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Abmeldung der von ihm Beschäftigten Versicherungspflichtigen bei der Ortskrankenkasse im Falle seines Beitritts zu einer bereits bestehenden Innung nicht anerkannt werden.

Es hat sich hier zwar lediglich um ein Streitigkeitsverfahren wegen der Beiträge gehandelt, aber aus der Entscheidung geht hervor, daß durch den Beitritt des Arbeitgebers zu einer Innung die bei ihm Beschäftigten sofort Mitglieder der Innungskrankenkasse werden und Ansprüche nur an diese zu stellen haben.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Hans Diederich, Berlin-Griedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Schatz, Kaufmann; für die Kunst: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Sieders Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, Post-Singer & Co., Berlin SW.

Seite 1 Beilage und Anzeigenteil.

**Deutsches Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Max Pallenberg  
in **Familie Schmek.**  
**Kammerspiele.**  
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
**Die Tänzerin**  
(mit Leopoldine Konstantia).  
**Volkshöhle.** Theat. a. Bülowplatz.  
Untergrund. Schönhauser Tor.  
7 1/2 Uhr: Zum 1. Male:  
**Die Königin der Luft.**  
(Gesangsposse).  
Morgen u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
**Die Königin der Luft.**

**Lessing-Theater.**  
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:  
Marie Ottmann u. Hans Wümann in  
**Niobe.** Musik v. Osk. Straus.

Dir. C. Meinhart — R. Bernauer.  
**Theater i. d. Königgrätzer Str.**  
8 Uhr: Schnitzler-Abend.

**Komödienhaus**  
8 Uhr: Wie fossile ich melon Mann?  
**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.

**Rose-Theater.**  
7 1/2 Uhr: Der Mann seiner Frau.  
Gartenb.: Boris wie es liest u. hat!

### Theater für Dienstag, den 19. Juni.

**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.  
**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.**  
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.  
**Geb. Herrnsfeld-Theater.**  
7 1/2 Uhr: Das Pensionsschwein.  
**Kleines Theater**  
7 1/2 Uhr: Hans im Schnakenloch.  
**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr: Die Dose Sr. Majestät.  
**Lustspielhaus**  
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels  
Z. 30. M. vom Lindenhof.  
**Neues Operettenhaus**  
Schiffbd. 4a. Kassental. Nord. 281  
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.  
**NATIONAL-THEATER.**  
Köpenicker Str. 68 7 1/2 Uhr:  
Zum 180. Male!  
Was junge Mädchen träumen  
Stürmischer Erfolg!  
66 emp. sich, Billette im voraus z. bef.

### Metropol-Theater

7 1/2 Uhr: Die Czardasfürstin.  
**Residenz-Theater**  
7 1/2 Uhr: Der Leibgardist.  
**Schiller-Theater O**  
7 1/2 Uhr: Robert und Bertram.  
**Schiller-Th. Charlottenb.**  
7 1/2 Uhr: Kammermusik.  
**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: Sonnwendzauber.  
**Theater am Nollendorfpf.**  
3 1/2 Uhr: Der Vetter.  
7 1/2 Uhr: Die Gulaschkanone.  
**Theater des Westens**  
7 1/2 Uhr: Stolze Thea.  
**Trianon-Theater**  
7 1/2 Uhr: Der Star.  
**Volgt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
Täglich große Extravorstellung.  
**Pieper und Sperling**  
Grüßliches  
Spezialitäten-Programm.  
Am. Sonntag 4. u. Montag 7 1/2 Uhr.

## URANIA

Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
Von der Zugspitze  
zum Watzmann.

## Spolito

FRIEDRICHSTR.-AN-DE-KOONSTR.  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
Das vielseitige  
Varieté-Programm!  
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

## Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.  
„Cabaret Feldgram“.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Für Militär-  
personen an  
den Wochentagen  
vollkomm. freier  
Zutritt zu den  
Stettin. Sängern!

## Zirkus A. Schumann

Bahn. Friedrichstr. Anf. 8 U.  
Rauchen gestattet.  
Kühler Aufenthalt.  
Das Zirkus-Varieté-  
glänz. Programm.  
U. a.:  
**Bayerische Alpen-Spiele**  
Die 3 Grazien am Draht.  
Peppos kom. Dressur-Akt.  
**Halali** Parforce-  
Schnitzel-  
Jagd.

## Walhalla-Theater.

7 1/2 Uhr: Zigeuner.  
Gartenbühne-Vorstellung.

## Admirals-Palast.

**Abrakadabra**  
großes phantastisches Ballett  
auf dem Eise.  
Angenehmer kühler Aufenthalt  
7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

## Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7-9.  
Quelle:  
**Alfa — famos!**  
Große Ausstattungs-Operettenposse  
in 3 Akten mit Gesang und Tanz.  
Vorher das große Varietéprogramm.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

## Palast

Tägl. 7 1/2. Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2  
**Triumph der Schönheit**  
und das große, neue  
Varieté-Programm.  
Angenehm kühler Aufenthalt.

## H. Pfau, Bandagist

Berlin Direksenstraße 20  
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und  
Volteisenbahnium. — Amt Kst. 3208.  
Für Damen Frauen-Bedienung.  
Nervenzurück für alle Krankenkassen

14. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

(Telegraphischer Vorbericht)

C. B. Nürnberg, 18. Juni 1917.

Hier nahm heute die 14. ordentliche Hauptversammlung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ihren Anfang. Sie wurde vom Verbandsdirektor Barth-München eröffnet und geleitet.

Nachtsrat Dr. Merkel-Nürnberg begrüßte den Genossenschaftstag und gestand zu, daß die Stadtverwaltung sich erst in der Kriegszeit der hohen Bedeutung des Genossenschaftswesens bewußt geworden. — Verbandsdirektor Neufeld von den deutschen Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften sagte, die beiden Verbände hätten sich vor 14 Jahren von einem gemeinsamen Stamme getrennt, aber sich infolge des Krieges wieder zusammengefunden und eine Interessengemeinschaft zu gemeinsamer Arbeit geschlossen.

Zum Vorstandsbericht sprach Kaufmann-Hamburg. Die Konsumgenossenschaften, sagte er, wurden bei der Organisierung der Kriegswirtschaft nicht in ausreichendem Maße herangezogen, insbesondere die Großeinlaufgesellschaft deutscher Konsumvereine ist mehr und mehr ausgeschaltet worden. Der Redner forderte entschieden die Aufhebung aller Kriegsgesellschaften und Reichszentralstellen, sobald die Zeit dazu gekommen sei, um die Neuorganisation der Volksernährung auf Konsumgenossenschaftlicher Grundlage durchzuführen.

Weitere Berichte über die Tätigkeit des Vorstandes erstatteten Böcklein-Hamburg und Dr. Aug. Müller-Berlin.

Groß-Berlin

Das Versagen der Gemüse- und Obstversorgung.

Alle Sachkenner und diejenigen, welche in den betreffenden Ausführens siben, sind sich darüber einig, daß auf keinem Gebiete der Lebensmittelversorgung die behördliche Regelung so versagt hat, wie auf dem der Gemüse- und Obstversorgung. Der grundlegende Plan der Reichsstelle für Gemüse und Obst ist ein außerordentlich guter. Vorher sind die Gemeinden von ihr zum Abschluß von Lieferungsverträgen angehalten worden, allein diese Verträge müssen in ganz merkwürdiger Art ihren Gültigkeitswert erlangen. Der Werdegang spielt sich wie folgt ab: Der Agent einer Stadt läuft bei den Landwirten herum, um Lieferungsverträge abzuschließen, wofür er 5 Proz. Provision erhält. So leicht ist das nicht. Ist es doch vorgelommen, daß der Agent einer großen Berliner Vorortgemeinde in Holstein innerhalb mehrerer Monate nur einen Lieferungsvertrag abzuschließen vermochte. Hat der Agent aber einen solchen Vertrag getätigt, so ist damit der Vertrag noch nicht vollendet, sondern muß mit einem Sichtvermerk des betreffenden Kreisvorsitzenden der Reichsgemüsestelle vorgelegt werden. Diese schließt den Vertrag ab und fragt nunmehr bei der betreffenden Gemeinde an, ob sie den Vertrag übernehmen will. Ein höchst unbilliger Weg!

Preisvereinbarungen zwischen Erzeugern und Bedarfsgemeinden sind eigentlich zwecklos, denn wie Herr Batoek am Kopfe der vorgebrachten Lieferungsformulare bestimmt, darf der Anbauer die Zahlung des höheren Höchstpreises verlangen, sollte wider Erwarten der Höchstpreis höher sein als der Vertragspreis. Nach einer Verfügung der Reichsgemüsestelle sollen eigentlich nur die Preiskommissionen des jeweiligen Regierungsbezirks die Preise festsetzen. Daher kommt es vor, daß weder der Erzeuger bei der Verfertigung des Gemüses nach der Empfänger bei dessen Empfang weiß, welcher Preis maßgebend ist. Das ist etwa kein schlechter Witz, sondern leider bittere Wahrheit. Man bedenke einen solchen Zustand bei dem leicht verderblichen Frühgemüse!

Damit ist der Leidensgang des Gemüses aber noch lange nicht erschöpft. Die Lieferungsverträge werden nämlich von sehr vielen Erzeugern als ein wertloses Stück Papier betrachtet, so gut wie die geschriebenen Bestimmungen über den Schlupfstein, der die Ueber-schreitung der Höchstpreise verhindern sollte. Was schiert uns der Lieferungsvertrag, was der Schlupfstein, wenn wir höhere Preise bekommen können!

Wer seine Nachtruhe einmal opfern will, der sehe sich an, was sich nachts zwischen 11—4 Uhr vor und in der Berliner Zentralmarkthalle, auf den Großmärkten der Vorortgemeinden und auf den Landstraßen nach Berlin abspielt. Großhändler und Schieber fangen fast alle Zufuhren ab, die Höchstpreise werden bedeutend überschritten, Schlupfsteine nicht ausgestellt. Protestieren die Händler gegen die allzu hohen Preise, sucht ein gewissenhafter Beamter dem Geschehe Lösung zu verschaffen, so löst es aus dem Munde der Erzeuger entgegen: Wollt ihr die Preise nicht zahlen, so fahren wir wieder ab. Gemeinden, die auf ihre Lieferungsverträge bestehen oder die ein scharfes Auge auf ungesetzhafte Handlungen haben, werden einfach nicht berührt. Nicht alle Erzeuger handeln so, doch auch die wenigen Rechtlichstehenden werden in den allgemeinen Strom der Wucherpreise mit hineingezogen. Ihnen werden die Waren von Händlern vom Wagen gerissen, das Geld dafür in die Hand gedrückt und von Schlupfsteinen kann auch bei ihnen daher keine Rede sein.

Vom Obst zu den festgesetzten Höchstpreisen werden die Groß-Berliner auch verdammt wenig zu sehen bekommen. Schon jetzt sollen scharenweise gewisse Kreise der Berliner Bevölkerung in aller Herrgottsfröhe hinausgeschickten und Stachelbeeren gegen ein Entgelt von 6 Pf. und mehr pro Pfund von den Sträußern pflücken. Den Erzeugern wird dadurch die Arbeit des Pflückens abgenommen und als Liebesgabe empfangen sie noch obendrein statt des Erzeugerhöchstpreises von 40 Pf. einen weit höheren Preis.

So sieht in Wirklichkeit die „Versorgung“ der Groß-Berliner Bevölkerung mit Gemüse und Obst aus. Soll das so weiter gehen, sollen die breiten Massen der Bevölkerung dem langsamen Verhungern und den gewissenlosen Lebensmittelwucherern ausgeliefert werden?

Versorgung mit Magermilch.

Die seit einiger Zeit erfolgende Wegreife von Milch ermöglicht es, den Kreis der bisher mit Magermilch Bedachten vom 1. Juli ab zu erweitern. Es werden auch noch an die Kinder, welche in der Zeit vom 1. Juli 1903 bis zum 30. Juni 1905 geboren sind, wöchentlich zweimal je 1/2 Liter Magermilch bezirksweise verabfolgt.

In Berlin sind die Magermilchkarten der Kinder im 13. und 14. Lebensjahr in der Zeit vom 21. bis zum 23. Juni von den Brotkommissionen abzuholen. Das Alter der für den Magermilchbezug in Betracht kommenden Kinder ist durch Vorlegung einer amtlichen Urkunde nachzuweisen. Ferner erhält vom 20. Juni bis zum 30. Juni jeder Haushalt mit Kindern im Alter von 6 bis 10 Jahren statt einmal wöchentlich 1 Liter, nunmehr zweimal wöchentlich je 1 Liter Magermilch. Jeder Milchhändler hat den Bezugsberechtigten mitzuteilen, an welchem zweiten Tage in der Woche die Belieferung erfolgt.

Zur Zuderlieferung.

Bei der Neuanschaffung für den Zuderbezug hat sich jeder einzelne Haushalt entweder bei seinem alten oder bei einem neuen Zuderlieferanten eintragen zu lassen. Wer diese Neuanschaffung bis zum 26. Juni nicht bewirkt hat, kann bis auf weiteres keinen Zuder beziehen.

Es war ferner bestimmt worden, daß Einmachezuder auf Abchnitt Nr. 17 der Zuderkarte vom 20. Juni ab entnommen werden kann. Dieser Termin wird wegen der verspäteten Ausgabe der neuen Zuderkarten voraussichtlich nicht pünktlich eingehalten werden können. Es wird daher darauf hingewiesen, daß der Einmachezuder bis zum 15. Juli in Empfang genommen werden kann. Da soviel Zuder vorhanden ist, um allen Ansprüchen der Bevölkerung zu genügen, ist ein Anstellen des Zuckers, um möglichst sofort in den Besitz des Einmachezuckers zu gelangen, unnötig und im eigenen Interesse zu vermeiden.

Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit.

Das Oberkommando erläßt eine Bekanntmachung, der wir folgenden entnehmen:

Neuanschlässe an Elektrizitätswerke sind verboten. Erfordern besondere Bedarfsfälle eine Abweichung von dieser Vorschrift, so kann die Zulassung des Anschlusses bei dem Elektrizitätswerk des jeweils in Betracht kommenden Versorgungsgebietes beantragt werden.

Den Abnehmern der Elektrizitätswerke ist verboten, monatlich mehr als 90 Proz. derjenigen Menge an elektrischer Arbeit (in Kilowattstunden) zu entnehmen, die sie in dem entsprechenden Monat des Jahres 1916 entnommen haben. Ist der Anschluß während des entsprechenden Monats des Vorjahres vorübergehend unbenutzt geblieben, so ist die zulässige Verbrauchsmenge aus dem Verbrauch während der Zeit der wirklichen Benutzung zu berechnen. Ist für den entsprechenden Monat des Vorjahres keine Verbrauchsziffer vorhanden, so hat der Abnehmer die Festlegung der Höhe des zulässigen Verbrauchs bei seinem Elektrizitätswerk zu beantragen; dieses entscheidet nach billigem Ermessen.

Jeder Abnehmer elektrischer Arbeit hat sich über den Stand seines Zählers am 20. Juni mittags 12 Uhr zu vergewissern und darüber auf Verfragen wahrheitsgetreue Auskunft zu geben.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 20. Juni in Kraft. Sobald aus der Bekanntmachung des Oberkommandos. Es versteht sich unseres Erachtens wohl von selbst, daß der von verschiedenen Elektrizitätswerken ihren Abnehmern auferlegte Zwang, eine bestimmte Mindestmenge von Elektrizität zu verbrauchen, von jetzt ab wegfällt.

Berlin-Neuköllner Schulgeldgemeinschaft.

Wie vor mehreren Jahren zwischen Berlin und Treptow, so soll jetzt auch zwischen Berlin und Neukölln eine Schulgeldgemeinschaft eingerichtet werden. Vereinstart soll werden, daß Neuköllner Kinder in Berlin und Berliner Kinder in Neukölln bezüglich des Schulgeldes nicht mehr als „Auswärtige“ zu behandeln sind. Nachdem der Berliner Magistrat wegen Ausdehnung jener Treptower Vereinbarung auf andere Vorortgemeinden in Verhandlungen mit diesen eingetreten war, hat zunächst der Neuköllner Magistrat sich bereit erklärt, schon jetzt der gegebenen Anregung zu folgen. Die Vereinbarung soll, wie der Neuköllner Magistrat es sich ausbedungen hat, von den beteiligten Gemeinden zum Ablauf eines Etatsjahres durch einjährige Kündigung aufgehoben werden können. Demnach haben, wenn die Stadtverordneten zustimmen, schon vom 1. Juli 1917 ab in Berlin die Neuköllner und in Neukölln die Berliner für ihre Kinder schuldgeldfreie Aufnahme in Gemeindefschulen zu beanspruchen, wie die „Einheimischen“. Auch brauchen sie in städtischen höheren Schulen nicht mehr das erhöhte Schulgeld der „Auswärtigen“, sondern das gewöhnliche Schulgeld der „Einheimischen“ zu zahlen.

Zur Hebung der Kleingeldnot

hatte die Berliner Handelskammer an das Direktorium der Reichsbank und das Reichsbankamt eine Eingabe mit dem Vorschlag gerichtet, 50-Pfennigheine herauszugeben. Der Handelskammer ist darauf vom Reichsbankdirektorium ein Bescheid erteilt worden, wonach die Ausprägung großer Mengen von kleinen Münzen in Aussicht gegeben ist, daß die Münzstätten aber aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage gewesen sind, die Bestellungen auszuführen. Der Ausgabe von Darlehnskassenscheinen zu 1/2 R. steht der Umstand entgegen, daß die Reichsbankanstalten bei der ungeheuren Menge umlaufenden Papiergeldes schon jetzt mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Das Direktorium der Reichsbank hat daher bereits vor mehreren Wochen bei dem Staatssekretär des Reichsbankamts die Ausprägung eines 50-Pfennigstückes aus Zink angeregt.

Bestandnahme von Rohmaterialien und halbfertigen Erzeugnissen der Schmelzindustrie. Der Ueberwachungsausschuß der Schmelzindustrie erläßt eine Bekanntmachung, nach der sämtliche Hersteller von Schmelzwaren verpflichtet sind, ihre Bestände an Rohmaterialien usw. auf besonderen Vordruden, die vom Ueberwachungsdienst ausgegeben werden, zu melden. Der genaue Vorkauf der Bekanntmachung kann bei der zuständigen Handelskammer eingesehen werden.

Ablieferung von Aluminiumgegenständen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Besitzer beschlagnahmter Aluminiumgegenstände, die bisher ihrer Verbleib nicht nachgenommen sind, unverzüglich diese Gegenstände nach den vorgezeichneten Vordruden melden müssen. Die Vordruden sind bei den Steuerstellen erhältlich. Auf Grund der Meldung wird von dem Magistratskommissar für Militärangelegenheiten jedem einzelnen Besitzer ein Ablieferungsdatum bestimmt. Eine Ablieferung ohne vorherige Meldung ist unstatthaft.

Freiwillige Impfungen einzelner Personen finden jetzt nur noch Dienstags nachmittags 5 Uhr in der Gemeindefschule Wilhelmstr. 117 statt. Impfungen in größerer Zahl werden durch das städtische Medizinamt Fischerstr. 39/40 vermittelt.

Ein Kartoffelschwundler in Feldgrau treibt gegenwärtig in Schöneberg und im Berliner Westen sein Unwesen. Er bietet Kartoffeln ohne Bezugschein und Karten zum Preise von 10 R. an, und bei der herrschenden Knappheit finden sich natürlich sehr leicht Hausfrauen, die auf dieses Angebot eingehen. Selbstverständlich verlangt der Verkäufer Vorausbezahlung, die ihm, da er als Soldat einen vertrauenswerdenden Eindruck macht, geleistet wird. Hat der Schwundler das Geld, so läßt er sich nicht mehr sehen. Der Verkäufer ist etwa 1,70 Meter groß, schlank, hat dunkles Haar und kleinen dunklen Schnurrbart. Er trägt die Uniform des Infanterieregiments 93 und das Band des Eisernen Kreuzes.

Wohltätiges Schadenfeuer. Eine Kohlenhändlerin Frau Schmidt an der Ecke der Grobheeren- und Pordstraße erklärte seit einiger Zeit allen Kunden gegenüber, daß sie keine Kohlen besitze und deshalb auch keine verkaufen könne. Sie geriet darüber mit Bewerbern in Zwist, weil diese vermuteten, daß sie die Ware zurückhalte, um einzelne Kunden zu bevorzugen. Frau Schmidt blieb bei der Behauptung, daß sie nichts besitze. Sonntag war ihr Keller ganz verqualmt und die Feuerwehr fand, daß ihre Kohlen in Brand geraten waren. Das Publikum machte die Polizei darauf aufmerksam. Daraufhin wurden gestern alle Kohlen, soweit sie nicht durch den Brand entwertet sind, verkauft.

Der Kieselsteinschwundler, über dessen Treiben kürzlich berichtet wurde, ist in Düsseldorf ergriffen worden. Ein Kaufmann

Alfred Gehrich, der als Geschäftsführer auftrat, bot hiergegen Handlungen vorzügliche Dauerverweise zu einem erschwinglichen Preise an, ließ sich die angeblich abgeforderte Ware auf den Duplikat-Frachtbrief hin im Voraus bezahlen und lieferte dann schwere Risten, die Kieselsteine enthielten. Er erbeutete auf diese Weise über 30 000 R.

Beim Kahnfahren ertrunken sind gestern zwei unbekannte junge Burtschen im Alter von 14 bis 16 Jahren. Man sah sie in der Nähe des Raabiter Schützenhauses auf dem Spandauer Schiffsfahrkanal rudern. Gegenüber dem Schützenhause wechselten sie die Plätze. Hierbei kenterte das kleine Boot und beide Insassen fielen ins Wasser. Der Wirt vom Schützenhause und ein Fischer unternahm sofort Rettungsversuche. Es gelang auch, den einen der Verunglückten aus dem Wasser wieder herauszuholen. Er gab noch Lebenszeichen von sich und wurde nach dem Vichow-Krankenhaus gebracht. Hier starb er jedoch trotz aller ärztlichen Bemühungen bald nach der Aufnahme, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Es ist ein junger Mann von 16 Jahren, der eine rotbraune Hofe und ein weißes Hemd trug. Die Leiche des anderen ist noch nicht gefunden. Er machte etwa den Eindruck eines vierzehnjährigen. Im Boote fand man einen blauen Rock, ein Paar Schäftstiefel und ein Paar Schnürschuhe.

Charlottenburg. Städtische Volkshöherei. Die Stellen der Volkshöherei sind geschlossen: Die Hauptbühnerei Wilmersdorfer Str. 106 vom 8. Juli bis 4. August, die Zweigstelle Ost, Bornier Str. 6a, vom 8.—21. Juli, die Zweigstelle West, Dandelmannstr. 47, vom 16.—29. Juli und die Zweigstelle Nord, Kaiserin-Augusta-Allee 80, vom 23. Juli bis 5. August. Die Ablieferung entliehener Bücher kann während dieser Zeit an Sonntagen von 11—1 Uhr erfolgen.

Verteilung von Magermilch. Der Magistrat hat angeordnet, daß auch die Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1905 geboren sind, Magermilchkarten erhalten. Diese Karten sind bis zum 20. Juni einschließlich den Milchhändlern vorzulegen und gelten bis zum 30. September d. J. Außerdem gilt für die Zeit vom 20. bis 30. Juni d. J. folgendes: Jeder Haushalt mit Kindern, die in der Zeit vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1911 geboren sind, erhält vom 20. Juni ab nicht wie bisher einmal wöchentlich 1 Liter, sondern das doppelte Quantum Magermilch.

Neukölln. Der Verkauf von Schweinefleisch soll, um bei der immer knapper werdenden Schweinebelieferung möglichst viele Haushaltungen zu berücksichtigen, künftig dergestalt geregelt werden, daß Familien bis vier Köpfe höchstens ein halbes Pfund und Familien über vier Köpfe höchstens ein Pfund erhalten. An Selbstverbraucher wird bis auf weiteres Schweinefleisch nicht mehr abgegeben. — Der der Stadt Neukölln zugewiesene Einmachezucker wird Ende Juni nach Regabgabe der Zuckerkundenliste in einer Lieferung verteilt werden.

Schöneberg. Das Sitzverbot aufgehoben. Der Magistrat hat gestern früh eine Verfügung erlassen, wonach das Verbot, das den städtischen Beamten und Angestellten das Eigen während der Einnahme des Frühstücks in der in den Räumen des Rathauses befindlichen Volkshöherei untersagte, aufgehoben wird.

Lichtenberg. Anrechnung der städtischen Fleischkarte beim Fischkauf. Um jedem Einwohner den Einkauf von frischen Fischen zu ermöglichen, soll der Wert der städtischen Fleischkarte, wöchentlich 80 Pf. für die Erwachsenen und 40 Pf. für die Kinder unter sechs Jahren, wie beim Einkauf von Fleisch bei den Schlächtern, so auch beim Einkauf von frischen Fischen in der städtischen Fischhalle Frankfurter Allee, Ecke Kronprinzenstraße, angerechnet werden.

Weißensee. Lebensmittelnachrichten. In der laufenden Woche dürfen zunächst nur auf die Abchnitte 60a, b und c der Kartoffelkarte zusammen drei Pfund Kartoffeln entnommen werden. Ueber die Verwendung der Abchnitte 60 d und e ergibt noch besondere Bekanntmachung. Auf die Abchnitte 60 i und k der Kartoffelkarte können in den Kolonialwarengeschäften insgesamt 250 Gramm Hafertüte entnommen werden. In der Verkaufsstelle Viktoriusstraße 24 können Salzheringe zum Verkauf. Auf jede der aufgerufenen Brotarten werden 1/2 Pfund Salzheringe zum Preise von 25 Pf. verabfolgt. In den Verkaufsstellen Berliner Allee 89 und Langhansstr. 103 gelangen Eier zum Verkauf. Auf Abchnitt 11 der aufgerufenen Eierarten können 9 Eier entnommen werden.

Niederschönhausen. Lebensmittelnachrichten. Kartoffeln werden vorläufig 8 Pfund verabfolgt. Ob noch weitere 2 Pfund Kartoffeln geliefert werden oder Gebäck, wird noch bekannt gegeben. Zeitnehmer am Volkshöheneisen erhalten 1 1/2 Pfd. Kartoffeln. In nächster Zeit werden Harzer Käse eintreffen, das Stück wird circa 30 Pf. kosten.

Groß-Berliner Parteinaechrichten.

Groß-Berlin. Parteigenossen, die in den Betrieben des Flugplatzes Johannisthal beschäftigt sind und auf dem Boden der Parteimehrheit stehen, werden gebeten, ihre Adresse an den Genossen Alfred Koffag, Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 2, einzulenden.

Mariendorf. Mittwoch, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Hoch, Chausseestr. 44, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Groger: „Die Aufgaben der Arbeiterpartei nach dem Kriege“. 2. Vereinsangelegenheiten. Wo auf dem Boden der Gesamtpartei stehenden Parteigenossen und Genossinnen, sowie die „Vorwärts“-Leser von Mariendorf werden um ihr Erscheinen gebeten.

Industrie und Handel.

Russische Finanzen.

Der russische Kredit im Auslande war schon zur Zeit des Zarats sehr gering. Die Entwertung des Rubels hatte schon damals die wirtschaftlichen Beziehungen Rußlands zum Auslande stark getrübt. Die Revolution hat die Dinge nicht bessern können, sondern das Chaos noch vermehrt, weil die Kapitalisten zögern, einem Staat in ungelährten Verhältnissen Geld anzuleihen. Die russischen Kriegskosten bis Ende 1917 werden auf 55 Milliarden Rubel geschätzt, was nach der Friedenswahrung 110 Milliarden Mark ergibt. Bis 1916 betrug die Staatsschuld 25 Milliarden Rubel. Davon ist nur der kleinste Teil durch innere Anleihen gedeckt. Weitaus das meiste wurde durch Ausgabe von Banknoten oder Auslandsanleihen aufgebracht. Wenn zu Kriegsbeginn die Anleihen in Banknoten zu 98 Proz. mit Gold gedeckt wurden, ist diese Deckung jetzt auf 12,8 Proz. gesunken. 12 Milliarden Rubel Banknoten steht ein Goldvorrat von anderthalb Milliarden Rubel gegenüber. Dieser Umstand sowie die schon erwähnten politischen und sozialen Wirren lassen es begreiflich erscheinen, daß der Wert des Rubels fast täglich sinkt und daß für Anleihen im Auslande überaus hohe Zinsen gewährt werden müssen. Die ausländischen Geldgeber begnügen sich nicht mit dem hohen Zins, sondern verlangen auch als Gegenleistung industrielle Ausbeutungsrechte über die reichen Naturschätze Rußlands. Gegenwärtig werden die Schulden Rußlands an England auf ungefähr 6 Milliarden Rubel, an Amerika auf 400 und an Japan auf 150 Millionen Rubel geschätzt. An Frankreich schuldet Rußland nach einer Mitteilung vom Oktober 1916 117 Millionen Franken; dazu kommt noch, daß die Bank von Frankreich seit Kriegsbeginn den Schuldendienst zu

je auf 20 bis 25 Milliarden Franken geschätzten russischen Anleihen übernommen hat, die in Frankreich platziert wurden. Das Gesamtbild ist also noch viel trostloser als in den meisten anderen Ländern.

**Anrüstung der englischen Handelsflotte.**

Kugelnblicklich bestehen fünf Kartelle, die zusammen über sieben Millionen Tonnen modernsten Schiffsraumes, also ungefähr 10 Proz. der gesamten englischen Handelsflotte, verfügen. Das das bedeutet, kommt erst zum vollen Verständnis, wenn man bedenkt, daß von den übrigen 90 Proz. der englischen Handelsflotte ein großer Teil nur der Küstenfahrt dient oder wenigstens nicht für die großen Weltverbindungen in Frage kommt. Die fünf Kartelle sind:

	Tonnen	Tonnen
	in Fahrt	in Ausbau
Cunard	1 200 000	25 000
Penninsular and Oriental	1 560 000	198 000
Gerhardt	1 310 000	145 000
Burney	1 300 000	183 000
Royal Mail	1 700 000	80 000

Die fünf Kartelle arbeiten zusammen und sind eng miteinander verbunden. Sie bilden eigentlich zusammen ein großes Kartell, wozu jeder Teil für sich nicht allein riefenstar ist, sondern überdies an den großen englischen Schiffswerften stark beteiligt ist. Auch haben sie großen Einfluß in den Verwaltungen der Eisenwerke, die die englischen Eisenerz- und Eisenhüttenwerke betreiben.

**Gerichtszeitung.**

**Ein Knabe wegen Raub- und Mordversuchs angeklagt.**

Unter der Anklage des versuchten Mordes, versuchten Raubes und Diebstahls stand ein 13-jähriger Schulknabe, Alfons Heymach, der jetzt in der Lichtenberger Erziehungsanstalt untergebracht ist, vor der I. Strafkammer des Landgerichts II. Der Knabe, der kaum über die Schranke des Anlagensaalraumes hinwegsehen konnte, wurde vom Staatsanwalt als „geborener Verbrecher“ charakterisiert. Er ist der Stiefsohn eines Mannes, der jetzt im Gefängnis steht und hat schon in früher Jugend recht schlechte Eigenschaften gezeigt. Der Junge war am 6. Dezember v. J. hinter die Schule gegangen und hatte sich umhergetrieben. Er fürchtete deshalb, von der Mutter bestraft zu werden und beschloß, die witterliche Wohnung zu meiden und einen Plan auszuführen, zu dem er wohl die Anregung aus seiner einzigen Bekanntschaft von „Werken“ der Schundliteratur empfangen hat. Er wußte, daß der Schneider Kaspar Walter, ein Bekannter seiner Eltern, an jenem Tage etwas Geld einliefert hatte. Er begab sich nun nach dessen Wohnung, Kottbuser Damm 91, öffnete die Tür mit einem Dietrich, eignete sich 20 Pf. und einige Wertpapiere an und froh dann unter das Bett, um die Heimkehr des Walter abzuwarten. Als dieser sich eben zur Ruhe legen wollte, wurde er auf ein Geräusch unter dem Bett aufmerksam und holte zu seiner Überraschung den ihm wohlbekannten Jungen hervor. Dieser gestand ihm, daß er die Schule geschminkt und aus Furcht

vor Strafe sich nicht anders zu helfen gewußt habe, als in die Wohnung des W. einzudringen und sich dort zu verbergen. Seitdem bitten ihn doch über Nacht dort zu behalten, entsprach Walter, bettete ihn und begab sich dann zur Ruhe. Als er eingeschlafen war, fand der Junge auf, rief den im Zimmer befindlichen Gasfabrikanten los und ließ das Gas ins Zimmer strömen. Seine Hoffnung, daß W. sobald bewußt werden würde, erfüllte sich aber nicht, da Walter den Gasfabrikanten zugerufen hatte. Da sah er hinter dem Ofen einen Hammer liegen; diesen ergriff er und versetzte dem schlafenden W. drei Schläge gegen den Kopf, die bei den schwächlichen Körperkräften des jungen Verbrechers nicht so heftig waren, daß sie einen tödlichen Erfolg haben konnten. Walter erwachte, das Blut rieselte über seine Stirn und er wußte sich erst mühsam klar werden, was vorgefallen war. Dann packte er den Fingerring und warf ihn zur Tür hinaus. Heymach begab sich in das Haus seiner Mutter zurück, suchte aber deren Wohnung nicht auf, sondern verbarg sich in den Kellerräumen. Einen Keller Öffnete er und kochte Kartoffeln, Fleisch und Weizen, aus einem Nebenkeller stahl er Kaninchen. — Als er von der Polizei festgenommen worden war, behauptete er, daß er den W. nur habe bedauern wollen, weil er vermeiden wollte, daß ihn dieser wieder zu seiner Mutter zurückbrächte. Der Staatsanwalt ließ auch die Anklage wegen versuchten Mordes fallen, beantragte aber wegen des versuchten Raubes, schweren und einfachen Diebstahls vier Jahre Gefängnis. — Der Gerichtshof beurteilte den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis.

Sie wollte „zum Papa gehen“. Das traurige Schicksal einer Mutter, das allgemeines Mitleid erregt, beschäufte die I. Strafkammer des Landgerichts II. Unter der Anklage der vorsätzlichen Tötung auf ausdrückliches Verlangen hatte vor dieser die früher in Groß-Lichterfelde wohnhafte Witwe Marie J. zu erscheinen. Als der Mann der Angeklagten, der Bureauvorsteher bei dem Bunde der Militärärzte gewesen war, im August v. J. gestorben war, geriet sie in große Not, die sich durch vielfache Krankheit noch steigerte. Ihre damals zwölfjährige Tochter hat die Mutter deshalb wiederholt, sie möchte doch mit ihr gemeinschaftlich „zum Papa gehen“, wo es sicherlich viel schöner sei. Als dann die Not so groß geworden war, daß die Rente nicht mehr bezahlt werden konnte und die kleine Tochter ihr trauriges und stets fliegendes „Mutters“, daß so schwer kämpfen müßte, wieder und wieder sichtlich darum bat, nun doch mit ihr zum Papa zu gehen, hielt die verzweifelnde Angeklagte nicht mehr Stand und sie beschloß, mit ihrer Tochter gemeinschaftlich aus dem Leben zu scheiden. Nachdem diese am Abend des 2. Januar d. J. zu Bett gegangen und eingeschlafen war, nahm die Angeklagte den an der Dampflampe angebrachten Gas Schlauch ab und legte sich selbst, das Gas ausströmen lassend, auf das Sofa, um ruhig den gemeinsamen Tod zu erwarten. Das Schicksal wollte es anders. Sie fiel während der Nacht vom Sofa auf die Erde und wurde dann am nächsten Morgen vom Hauswart noch lebend auf dem Fußboden liegend vorgefunden. Die Tochter war dagegen schon tot und alle Wiederbelebungsbemühungen blieben erfolglos. Man ließ daher die bedauernswürdige Mutter nach dem Kreisfrauenhaus bringen, von wo sie nach längerer Behandlung als genesen wieder entlassen werden konnte. Die Angeklagte gestand darauf nach Ehrlich über, wo

infolge ihres seelischen Zustandes erneute ärztliche Behandlung nötig wurde. Von dem Arzt, der sie dort behandelte, erhielt sie die Bescheinigung, daß sie schwermütig sei und der § 51 St. G. B. bei ihr vorliege. Uebereinstimmend mit dem Staatsanwalt kam das Gericht mit Rücksicht hierauf zu einer Freisprechung.

**Aus aller Welt.**

**Zur Explosion auf dem Steinfelde**

wird noch ergänzend aus Wien gemeldet: Am 17. Juni 9 1/2 Uhr früh fand beim Artillerie-Regiment in Woerlesdorf (Großes Wirtel am Steinfelde) eine Explosion eines Pulvermagazins statt, welcher im weiteren Verlaufe noch zwei Objekte zum Opfer fielen. Außer Materialschaden ist der Verlust von sechs Menschenleben zu beklagen. Die Zahl der Verwundungen, zum Teil durch Glasplitter herbeigeführt, beträgt circa 800 leichter, etwa 30 schwerer Natur. Die Wirkung des Brandes fand unter Verstoß einer Abteilung der Wiener Berufsfeuerwehr statt. Am Morgen des 17. Juni bestand keinerlei Gefahr mehr. In Pöschendorf und Siegersdorf entstanden ziemlich große Dach- und Fensterbrüche.

Das bisherige Ergebnis der Untersuchung gestattet keinen Schluß in der Richtung, daß ein verbrecherischer Anschlag vorliegt. Die Erhebungen zur Aufklärung der Ursache der Katastrophe werden mit aller Energie fortgesetzt.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Ehrenstunde findet für Abonnenten Dienstag, 8. 1. 107 links, pariers, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Briefkopf und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Anfragen werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementbestellung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Ehrenstunde mit. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Ehrenstunde mit.

G. G. 30. Wenden Sie sich an die Schlosserinnung, Göttinger Str. 2. — A. R. R. 1. Jellhorn, 2. 4000. 3. Generalleutnant. — C. T. 36. Altenstein. — G. B. 19. 75 000 Dollar; die zweite Frage können wir nicht beantworten. — J. G. 2017. Wir können nicht entnehmen, einen Brief von Ihnen erhalten zu haben und bitten Sie deshalb, Ihre Anfrage zu wiederholen. — Rudolf 185. Aus dem Grunde kann weder der Ehefrau noch den Kindern die Unterfertigung entzogen werden. — J. W. 100. 1. Die Ergänzungslehre steht nur dem Unteroffizier nach 3-jähriger Dienstzeit zu. 2. Kein. 3. Darüber entscheiden Sie sich an Ihrem Wohnort. — N. R. 1858. Die Seiten gehören zum Nachlag. Die Frau erbt die eine Hälfte des Nachlasses, die andere erbt der Vater und die Geschwister des Verstorbenen. — A. 123. 1. Auf die Wählung haben Sie Anspruch. 2. Ja. 3. Ja. — Krankenpflege-Mitglied. Wenden Sie sich zunächst an den Vorstand der Krankenpflege und verlangen Sie unter Festlegung des Sachverhalts eine Nachuntersuchung durch einen anderen Arzt. — G. 4. 1. Die erhöhte Arbeitslohnbestimmung wird nach Kriegserkenntnis gegült. 2. Ja. 3. Seit dem 12. März 1917. 4. An die Krankenpflege, der die Schwestern gemäß, steht als Mitglied angehört, sonst an die Krankenpflege, der der Vater des Kindes vor seiner Eingetragung angehört.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags. Zunächst noch sehr warm, trocken und vielwolkeig, später besonders im Westen schließliche Gewitter und etwas kühler.

**Lungen- und Halsleiden.**

Erfolgreiche Behandlung ohne Veranlassung durch unsere kombinierten Inhalationsverfahren. Sauerstoffkuren u. künstl. Höhensonne. Sprecht 9-10 1/2, 3-4 1/2, Sonnt. 10-11. Großest. frel. Sammlerst. Dr. Wölse's Ambul., Berlin 117, Wilhelmstr. 96

**Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten**  
bietet die nächste Zukunft. Eine beständige Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall geschulte Kräfte gesucht

sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Syst. Karnack-Hachfeld“. 40 S. starkes Broschüre kostenlos. Bonnets & Hachfeld, Potsdam. Postfach 187

**Arbeiter** von. Metall- u. Holzwarenfabrik. Kottbuser Str. 23. 2670b  
**Fantasiefedern.**  
Tüchtige Arbeiter, auch größere Arbeitstube, auf leichte Arbeit, sucht  
Freystadt, Kur gegenüber, Beuthstraße, 14, Kommandantenstr. 14, Bordenhaus 2 Z.

**Dreherinnen**  
für sofort gesucht; auch werden solche angelehrt. 1441\*  
Deutsche Motoren-Vergesellschaft, Berlin-Rosenthalerstr. 94 (neben Otto-Hilm).

**Zelluloid- | Film- | Guttapercha- | Hartgummi- | Wachs- | Schallplatten-**  
Abfälle kauft  
Ordover G. m. b. H., Georgenkirchstr. 30.  
beim Alexanderplatz, 9-12, 3-6 Uhr.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
Jedes Heft 20 Pfg.

**Mir oder Mich?**  
Deutscher Buchverlag. Sowohl Dorat jede Nummer drohtiert hat, 30 Pfennig nur 20 Pfennig, gebunden 40 Pfennig nur 35 Pfennig. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

**Radfahrer!**  
Sie können ohne Erlaubnischein Ihr Fahrrad benutzen mit „Spirala“ (Spiralfeder-Fahrrad-Bereifung) statt M. 7.75 nur M. 6.50 per Stück. Händler erhalten hohen Rabatt. 1000

**Standard-Bereifung**  
nur 11 M. per Stück.  
Versand gegen Nachnahme. Verpackung 50 Pfennig.  
Ernst Machnow, Weinmeisterstraße 14, Berlin C.

**Spezial-Arzt Dr. med. Hasche,**  
Friedrichstr. 90  
Behandl. von Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleiden, Ipej-Haut, Rötze, Urtica-Pusteln, Ischurische, fäulige Behandlung ohne Besondere Anstalt, Situationsberatung. Wäg. Briefe, Zeitungsabg. Sprengstunden 10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Die Bekanntmachung des Kriegsministeriums betreffend Verlagsnahme und Bekanntheit von Stab-, Form- und Konventionen vom 7. Juni 1917 tritt mit Beginn des 15. Juni 1917 in Kraft. Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, 350. I. III. 17. Berlin, den 16. Juni 1917. Der Vizepräsident.

**Das beste Sommergetränk!**  
Durstlösend — Erquickend.  
Geschäftl. Limonaden-Extrakt  
**Durstol**  
Rein Zucker nötig, eine Mengezeit genügt zur augenblicklichen Herstellung süßer erfrischender Limonade von feinstem Fruchtaroma.  
1/2 Literfl. Mk. 1.75, 1/4 St. Mk. 1.— inkl.  
Kleiner Jochstein: Otto Reichel, Berlin 50, Eisenbahnstr. 4  
Kreuzberg-Bezirk: Friedrichstr. 4231, 4232, 4233

**Elektrolyt Georg Hirth**  
bietet die Verabreichung und fördert den Stoffwechsel. Wird bei jedem auf den ganzen Organismus. Ein Versuch überzeugt. In Pulver- u. Tablettenformungen für 50 Pf. bis 6 Pf. Je nach Quantum in den Apotheken oder direkt von der Ludwig-Apothek, München 5, Reubauerstr. 8.

**Keine Wanze mehr für 1,50 Mark**

Nur mit Nicodal I u. II zu erzielen!  
Ges. gesch. Erfolg verbilligend. Beste Zeit zur Brutvernichtung! Kinderleicht anzuwenden! Doppelpackung II. 1,50. Zu hab. bei:  
N. Hugo Wolff Nachf., a. Hermannpl. Löwen-Drögerie, Prinzenstr. 66.  
Hugo Steinborn, Alexander-Str. 29a  
Blumens Drogerie, Bärgwaldstr. 6  
W. W. Oak, Schmalz, Dossauerstr. 1  
Adolf Collin, Friedrichstr. 216.  
Apoth. Kieselich, Wilhelmstr. 147.  
Bruno Schlegel, Lindenstr. 10.  
Gahr, Lozza, Markgrafenstr. 15.  
Paul Eisenbarth, Gneisenaustr. 9.  
Hoh. Ross, Kommandantenstr. 72.  
Alf Gutsche, Bismarckstr. 61.  
W. Gebr. Lavit, Maaßenstr. 10.  
J. Pusch, Charlottenstr. 65.  
E. Böhm, Potsdamerstr. 29a.  
Wittes Apoth., Potsdamerstr. 84a.  
Kiaehrs Drogerie, am Prager Pl.  
N. W. Frau M. Krause, Alt-Moabit 64  
G. A. Hosterberg, Luisenstr. 39.  
Karl Rudolf, Thomasiusstr. 2.  
Herrn Gornick, Rathenowstr. 48.  
N. Friedr. Porasch, Friedrichstr. 121  
Adler-Apothek, am Weddingplatz  
Karl Koch, Eilsasserstr. 14a.  
Hch. Kochius, Schön. Allee 122.  
N. v. Drygalski, Weißburgerstr. 53  
C. Xaus, Brunnenstr. 39.  
Ferd. Amman, Invalidenstr. 33.  
Karl Auerbach, Müllerstr. 152.  
Karl Haß, Senestr. 112.  
N. O. Keri Klopsch, Linienstr. 8.  
Otto Raske, Großwalderstr. 36/37.  
Majcherkiewicz, Gr. Frankf. Str. 36  
O. Apoth. Herrmann, Frankf. Allee 112  
B. Jacob, Kleine Andreasstr. 12  
Kronen-Drogerie, Warschauerstr. 31  
S. Mazur, Petersburgerstr. 69.  
Bei Einsendung von M. 1.90 franko den Gen.-Vertr. H. A. Groedel, Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 42

**Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin**  
Die Einäscherung unseres verstorbenen Angehörigen, Herrn  
**Johann Appelt**  
Berlin, Köpenicker Str. 15  
findet morgen Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstr. 57, statt.  
Ferner die Einäscherung unseres verstorbenen Angehörigen, Frau  
**Anna Baath**  
Berlin, Cottenbuschstr. 14  
morgen Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Trenzow, am Baumföhlenweg, 292/13  
und die Einäscherung unseres verstorbenen Angehörigen  
**Karl Heyl**  
Nischenberg, Wilhelmstr. 29  
morgen Mittwoch, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Krematorium Trenzow, am Baumföhlenweg, statt.  
Obree ihrem Andenken!

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Bestattung unserer lieben Tochter **Johanna** sagen allen Freunden, Verwandten und Kollegen unseren herzlichsten Dank.  
Berlin, 17. Juni 1917. 162  
Familie Paul Rade.

**Konsum-, Produktiv- u. Sparverein Zehlendorf und Umgegend.**  
G. G. m. b. H.  
Am Sonnabend, den 23. Juni, abends 9 Uhr, bei Bruno Wittich, Reichenbach, Potsdamer Str. 29,  
**General-Versammlung.**

Z Tagesordnung:  
1. Geschäftsbereicht.  
2. Wahl zum Aufsichtsrat.  
3. Geschäftsberichte.  
106/3  
Der Aufsichtsrat,  
W. Jakob, Vorsitzender.  
**Kennen Sie die Wohltat einer Leibbinde?**  
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie  
**Bruchbandagen** aller Art.  
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenkasse  
**Pollmann, Bandagist**  
Berlin N., Lothringer Str. 80.  
Lizenz für Krankenkassen.

Umzingelt.

Ein Bild aus den Champagnekämpfen.

Ein Magdeburger Genosse gibt in einem Briefe eine Schilderung der furchtbaren Willkür, wie sie sich jetzt im Westen abspielt:

Am folgenden Tage begann vor 12 Uhr mittags wieder das feindliche Trommelfeuereingehen. In den mit Geröll, Balken- und Brettertrümmern, Ausschüttungsgegenständen und Leichen angefüllten Gräben verbrachten wir bange Stunden. Die Igel zusammengeklauert quetschten wir uns in die schnell gebuddelten Narrenlöcher auf der Grabensohle, den Tornister zum Schutze vor Splittern auf dem Kopfe.

In diesem furchtbaren Granatengewitter mußten wir bis zum Einbruch der Dämmerung ausharren. Die Kerben waren bis zum Zerschlagen angepauert. In den Ohren und im Kopfe dröhnte und dröhnte es. Qualm, Rauch und Gase erfüllten die mit Staub und Erde erfüllte Luft. Wie die Hölle roste dieses Gewitter über uns hinweg. Aber selbst diese endlosen Schreckensstunden fanden ihr Ende. Wie eine Erlösung aus grausamer Qual klang der Ruf: „Franzmann greift an!“

Wie elektrisiert flogen wir in die Höhe. Bis auf 50 Meter kommen sie heran. Da blüht es aus unsern Läufern, und die vordere Schützenlinie bricht zusammen. Der Feinde werden aber immer mehr, statt weniger. Wie sind aus dem Graben gesprungen und feuern stehend freihändig in die anstürmenden Massen. Draußen häufen sich die Leichen, und das Begehren mischt sich in das peitschende Anrollen des Infanteriefeuers, in das Geschrei der knochenenden Schloßer. Stumm, jede Faser angespannt, stehen wir und feuern, feuern!

Allmählich merken wir, daß wir paar Mann diesem ungeheuren Ansturm nicht werden standhalten können. Rinfz ist es besonders schlimm, hier baßt sich der Feind zusammen und beschußt mit äußerster Kraft durchzubringen. Schnell läuft der Befehl durch, nach links zu sammeln. Und bald bilden wir an der gefährdeten Stelle eine dicke Linie, die unausgesetzt Tod und Verderben dem Feinde entgegensteht. Aber der Feind ruht unsere Schwäche aus. An der preisgegebenen Stelle dringt er rechts in unsern Graben. Als wir endlich dem ungeheuren Ansturm doch Herr geworden, finden wir unsern Graben rechts von uns vom Feinde besetzt. Schnell wird eine Barrikade errichtet, zu der Tornister, zerstückte Gewehre, Holzsplitter, Sandbälle und Reideklumpen das Material abgeben. Nur diese primitive Mauer trennt uns vom Feinde im Graben.

Gegen 2 Uhr nachts aber wird es bei unserm feindlichen Nachbar still. Wir dringen vorsichtig wieder in die Stellung ein, die er uns entrieffen hatte, und finden sie geräumt. Am folgenden Tage begann gegen Mittag wiederum das Trommelfeuereingehen. Wiederum qualvolle Stunden den ganzen Nachmittags bis zum Abend. Es ist etwa 167 Uhr, da hebt aufs neue der Infanterieangriff ein. Wir sind so geschwächt, daß wir es nicht verhindern können, daß der Feind rechts von uns, zwischen unserer fünften und achten Kompanie eindringt. Es sind etwa 300 Meter Graben, in denen er sich festzusetzen vermag. Nun mit unsern paar Mann hinauszuwerfen, ist nicht möglich. Es muß wiederum eine Barrikade gebaut werden, und dann wählen wir einen etwa 100 Meter langen, hierdurchenden Graben im Schutze der Dunkelheit aus. So vergeht auch diese Nacht, ohne daß wir ein Auge hätten zutun können. Am Nachmittags verlegt der Feind sein Artilleriefeuer hinter uns und schneidet dadurch unsere Reserve ab. Gleichzeitig setzt er starke Kolonnen gegen diesen Abschnitt ein, die hier nicht nur angreifen, sondern in geschlossenen Formationen durchzumarschieren versuchen. Wir eröffnen ein lochaltuniges Feuer auf die Marschkolonne. Unsere Artillerie unterstützt uns in wirksamer Weise. Endlich bei einbrechender Dunkelheit gibt der Franzose das weitere Vordringen auf.

Unsere Artillerie sollte inzwischen Verstärkung bekommen. Noch beim Dämmerlicht der hereinbrechenden Nacht begann sie, sich einzuschleichen. Das erfüllte uns mit großer Freude und gab uns wieder neuen Mut. Wir durften aber auch während der Nacht den Feind nicht aus dem Auge lassen. Und fiel auf, daß er von seinen Leuchttugeln gar keinen Gebrauch machte. Um so mehr schossen unsere Leuchtpistolen die blendend weißen Magnesiumlichter in die Luft. Wir konnten denn auch richtig beobachten, daß der Gegner unter dem Schutze der Nacht weiter durchzubringen versuchte. Unser Gewehrfeuer und das unablässige Abbleichen des Geländes veranlaßten ihn, sein Vorhaben aufzugeben.

Am Morgen nach dem Licht des heranwachsenden Tages allmählich höher. Erschöpft, hungrig und von der Mühe der Nacht und dem anstrengenden Wachen mitgenommen, hockten wir in unsern Löchern. Den einen und den andern hatte die Müdigkeit übermächtig. Das Blut war gegen die Brust gedrückt, oder der Kopf lehnte gegen die Wand des Kalkloches. Müdigkeit darf es im Kampfe aber nicht geben. Unbarmherzig rüttelt die Faust der Kameraden oder des

Gruppenführers die Ermatteten aus dem Schlafe empor. Sie müssen wieder zurück in die rauhe, von Not und Tod erfüllte Wirklichkeit.

Mit dem zunehmenden Lichte hatte das Abbleichen des Geländes unfernerorts nachgelassen. Diese Uebergangsstunde mußte der Feind benutzt haben, um weiter durchzukommen. Wir mußten zu unserm Schutze feststellen, daß wir von allen Seiten völlig eingeschlossen waren.

Wir hatten im Laufe der Nacht gar nicht bemerkt, daß wir von einem anderen Regiment Verstärkung bekommen hatten. Diese Kameraden hatten sich bis auf etwa 50 Meter hinter unsern Rücken an und herangerbeitet. Beim Grauen des Tages, als sie uns bemerkten, waren sie schnell zu uns herangekommen. Unsere Freunde war unbeschreiblich, denn sie brachten auch noch drei Maschinengewehre mit.

Ein feindliches Bataillon schien den Auftrag erhalten zu haben, uns zu erledigen. Immer enger zog es seinen Kreis um uns. Aber die Maschinengewehre taten Arbeit. Da, was war das? Ein Maschinengewehr hört mit seinem hämmernenden Tönen auf, das uns wie Musik in den Ohren gellend hatte. Was war da los, ein Defekt, ein Bruch, war das Maschinengewehr kampfunfähig gemacht infolge eines Treffers? Nein, keins von allem. Aber bei dem rasenden Arbeiten war das Kühlwasser völlig verdunstet, verdampft. Wo Wasser hernehmen? Wie ein Lauffeuer geht es von Mund zu Mund, was uns betrafen. Feldflaschen heraus, wer noch einen Tropfen Feuchtigkeit drin hat! Und während die Zunge leckt vor Durst und Erschöpfung und der wütende Kampf es nicht zugehen lassen wollte, den letzten Schluck aus der Flasche zu saugen, steht man die Hand fest finden, die Feldflasche abzuhaken und das kostbare Wasser der Verteidigung des Lebens zu opfern. Nicht nur Wasser, Kaffee, Tee oder was sonst sich in der Flasche befand, werden durchgerührt, auch der Urin muß dazu herhalten, unsere kostbare Waffe kampffähig zu halten.

Das Töten des Maschinengewehrs beginnt wieder. Es klingt uns wie Spärraumtöten der Hoffnung. Trüben mehrt sich die Zahl der gefallenen Feinde in jarräcker Weise. Aber sie lassen nicht nach, sie wollen unsern Körper mit Gewalt bekommen. Es ist 9 Uhr mittags geworden. Da setzt unsere Artillerie mit ihrem Feuer ein. Mit verblüffender Siderheit schlägt es in die rechts und hinter uns im Durchmarsch befindlichen Kolonnen. Schon nach wenigen Minuten geraten die Marschkolonnen des Feindes unter unsern Granatfeuer ins Stoden. Dann ein Schreien von hinten nach vorn, ein härteres Drängen von vorn nach hinten, und in wenigen Minuten ist aus der gegliederten Vorkavallerie ein weißes Chaos sich zusammenballender uniformierter und beschmutzter Menschen geworden, die ratlos hin- und herirren. Dann bekommt der Drang nach rückwärts die Oberhand.

Das Rätsel der bunten Farben bei Pflanzen und Tieren.

Die wissenschaftlichen Anschauungen über die Bedeutung der bunten Farben bei Pflanzen und Tieren haben in letzter Zeit durch die aufsehenerregenden Arbeiten des Münchener Forschers Prof. C. v. Doh eine grundlegende Umgestaltung erfahren. Bisher waren Zoologen und Botaniker fest davon überzeugt, daß die Pflanzen und Tiere ihre bunten Farben tragen, um die Fortpflanzung zu erleichtern oder um sich vor feindlichen Angriffen schützen zu können. Die Vögel glauben dies um so mehr, als sie ja allgemein der Ansicht sind, die Farben, in denen wir die Gegenstände sehen, seien Eigenschaften dieser Gegenstände, und daher müßten die Gegenstände jedem tierischen Sehsinn genau in denselben Farben erscheinen wie uns. Dies stimmt aber keineswegs, denn die physikalischen Strahlungen lösen in verschiedenen Augen verschiedene Empfindungen aus, was ja schon durch die verhältnismäßig große Zahl „farbenblinder“ Menschen erhärtet wird. Für die verschiedenen Arten des Sehens sind, wie Doh jetzt in den Naturwissenschaften darlegt, die Wellenlängen, in denen die verschiedenen Farben gesehen werden, charakteristisch. Von diesem Standpunkt ausgehend, arbeitete Doh systematisch Methoden zur Ermittlung der Wellenlängen aus, in denen verschiedene Tierarten die bunten Farben sehen. Diese Methoden sind so genau, daß man heute über das Sehvermögen zahlreicher Tiere ebenso gut unterrichtet ist wie über die des Menschen.

Nach den Ergebnissen dieser Forschung verhalten sich die Fische und sämtliche Wirbellosen in allen Beziehungen so wie vollkommen farbenblinde Menschen. Dagegen ist die Sehfähigkeit der Amphibien anscheinend der des normalen Menschen ungefähr gleich. Auf die Tagvögel wirken Rot, Gelb und teilweise auch Grün ähnlich wie auf uns, hingegen vermögen sie Violett und Blau nicht wahrzunehmen. Bei den Säugern gibt es große Verschiedenheiten. Die Affen sehen die Farben ähnlich wie wir, den Menschen und Makaken aber bieten sich die Farben mehr mit Grau oder Weiß vermischt dar.

Bereits hierdurch scheint die bisherige Lehre von der Bedeutung der Farben in der Tier- und Pflanzenwelt umgestoßen. Die Vögel z. B. vermögen die Blumenfarben nicht zu erkennen, woraus geschlossen werden muß, daß die Blumen ihren Farbenreichtum nicht bekommen haben, um die Insekten anzulocken. Die Farben der Fische, Krebse usw. können ebenfalls nicht mehr als sogenannte Schutzfarben gelten. Man behauptete früher, die gelben und roten Farben der Krebse hätten den Zweck, die Geschlechter gegenseitig anzulocken, doch haben sich alle bisher untersuchten Krebse als völlig farbenblind erwiesen. Außerdem vermag selbst ein farbenächtiges Auge bereits in einer Tiefe von 4 Meter unter der Meeresoberfläche Rot nicht mehr wahrzunehmen. Auch die „Hochseefische“ der Fische müssen jetzt bekritisiert werden, denn wenn z. B. der Königsges-Steinling in einer Tiefe von 60 Metern laicht und zur Laichzeit eine rote Färbung zeigt, so ist dem nicht die bisherige Bedeutung zugemessen, da ja, wie gesagt, schon in 4 Meter Tiefe das Rot nicht mehr zu erkennen ist. Weiter wird darauf hingewiesen, daß es unlogisch erscheint, daß bei der Tagvögeln gewisse Farben sich entwickelt hätten, um für besondere Zwecke gesehen zu werden, andererseits andere Farben sich ebenso entwickelt haben, trotzdem die Vögel sie gegenseitig nicht wahrzunehmen vermögen. Endlich weisen viele Pflanzen auch an unterirdischen Teilen eine große Farbenpracht auf, trotzdem diese Teile den Insekten gar nicht zugänglich sind. Die Blüten sind also nicht um der Insekten willen blühend geworden, die Befruchtung der Tagvögel haben sich nicht zur Anlockung des anderen Geschlechts entwickelt usw. Demnach ist die bisherige Bedeutung der bunten Farben bei Pflanzen und Tieren hinfällig, und der Forschung obliegt die Aufgabe, die wahre Bedeutung dieser Farben zu entdecken.

Das größte Fernrohr der Welt.

Das größte Fernrohr der Welt soll demnächst auf der Mount-Wilson-Sternwarte in Südkalifornien der Benutzung übergeben werden. Dieses Riesfernrohr besitzt einen hundertjährigen Reflektor im Durchmesser von 2 1/2 Meter, wodurch es die größten bisherigen optischen Hilfsmittel in Dienste der Sternforschung stellt übertrifft. Die Aufgaben, denen das Riesfernrohr dienen soll, sind nach dem im „Brombeis“ wiedergegebenen Auslassungen des Leiters der Sternwarte, Prof. E. Hale, groß und vielfach. Bemerkenswert sei, daß man mit unbewaffnetem Auge am ganzen Himmelsraum insgesamt 6000 Sterne zu sehen vermag, durch den bisher größten schiffsbildigen Reflektor der südkalifornischen Sternwarte konnten aber bereits mehr als 20 Millionen Sterne bis zur „20. Größe“ sichtbar gemacht werden. Der neue Reflektor soll vor allem ermöglichen, noch lichtschwächere Sterne erkennen zu lassen, so daß man wahrscheinlich fast 100 Millionen Sterne wird erblicken können. Mit Hilfe des neuen Fernrohrs will Hale vor allem die rötliche Lichtstrahlung mancher Sterne studieren, die für den Bau und die Größe des Weltalls von entscheidender Bedeutung ist. Man hat nämlich festgestellt, daß die Zunahme der Sterne an der jeweiligen Grenze der Sichtbarkeit durch ein Fernrohr viel geringer ist, als eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Nach den Forschungen Kapteyns muß dies nicht unbedingt ein Seltenwerden der Sterne bedeuten, sondern es kann daher kommen, daß ihr Licht zerstreut ist und so durch Trübung rot erscheint. Eine andere Aufgabe, die durch das neue Fernrohr gelöst werden soll, wird darin bestehen, näheres über die beiden Sternströme zu erfahren, die sich in der Nähe der Milchstraße schneiden sollen. Man nimmt mit Sicherheit an, daß man durch das größere Sehvermögen des 100jährigen Reflektors diese Frage endgültig wird beantworten können. Schließlich sollen auch die Nebel genauer beobachtet werden, besonders hinsichtlich ihrer Drehbewegung, die der Astronomie wichtige Aufschlüsse zu liefern vermag.

Ein Triumph der Kriegschirurgie.

Im allgemeinen werden verlorene Gliedmaßen heil durch Kunstglieder oder Prothesen ersetzt, deren Herstellung im Verlaufe des Krieges außerordentlich vervollkommen wurde. In einzelnen Fällen aber versuchen die Ärzte natürliche Ersatzglieder herzustellen, was vorläufig selten und gefährlicher Weise nur bei kleinen Schäden möglich ist, so etwa beim Bruch von Fingern und Zehen. Vor Jahren gelang es beispielsweise einem italienischen Arzt Nikoladini, einen künstlichen Daumen zu schaffen, indem auf den Daumenstumpf eine amputierte Zehe gesetzt wurde. Einen einzig dastehenden Erfolg erzielte aber neuerdings, wie in der „Umfahrt“ mitgeteilt wird, der deutsche Arzt Dr. Neubauer in Ingolstadt, indem er nämlich den natürlichen Daumenersatz ohne Amputation eines anderen Gliedes bewerkstelligte. Er verpflanzte ein Rippenstück des Patienten in eine Falte der Bauchhaut, um dann beides mit dem Daumenstumpf zusammenzuwachsen zu lassen, worauf ein kleiner Schnitt zur Trennung vom Bauche genügt. Der neue Daumen heilte gut an, und heute ist der betreffende Patient, ein Arbeiter, fähig, den Daumen, der auch in seinen Bewegungen und seiner Stellung zu den anderen Fingern einem echten gleicht, in jeder Beziehung vollwertig zu benutzen.

Der starke Mann.

Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg.

Es half weiter gar nichts mehr; das Urteil über Adolf Lengenbacher war so gut wie gesprochen. Dieser sah seine Verlobte von einigen Freundinnen umgeben in der Garderobe stehen und glaubte in den ihm abgewandten Bügen lesen zu können, daß auch sie geringschätzend von seinem Verhalten dachste.

„Du begreifst doch, daß dem Alten der Boden zu heiß wird. Wie er den Braten roch, hätte er am liebsten noch schnell zum Rückzug geblasen und die Musikanten nach Hause geschickt!“ machte ihm ein Freund zu beschwichtigend.

„Teufel... Teufel... Was ist jetzt zu tun?“ sagte Adolf leise für sich und starrte mit verlorenen Blicken auf den Boden.

„Bah, gar nichts weiter. Komm mit, leg' den Mantel ab. Du wirfst den Kessel ganz einfach auf die leichte Achsel nehmen. Wir wollen uns den Abend nicht verkümmern lassen. Eher machen wir einen Ausfall und freiben die Bande mit der großen Pause davon!“ riefen die Jüngsten durcheinander. Trotzdem ihre Wege im bürgerlichen Leben sehr auseinandergingen, waren sie hier doch von erstaunlicher Einmütigkeit. Mehr als die anderen hatten Handwerker, Beamte, Lehrer, Handlungsgehilfen das Gefühl, mit der oft unter Entbehrungen erkämpften Offizierswürde einen Nimbus empfangen zu haben. Darum waren sie fast noch eifriger dabei, diese Würde gegen den zivilen Widerstand zu verteidigen, als die Wohlhabenden, die sich hier höchstens noch durch ihren Blü und die eleganteren, jedoch wohlverstandenen vorschrittswidrigen Uniformen über die andern erhoben. Das taten diese nun einmal nicht anders. Was äherteten sich jedoch erlusthafte Leute um die hausigen Paradehöfen, die toletten Waffenröde, die dicht unterm Rückgrat ein unbegründet jähes Ende nahmen, und die Mühen mit dem lächerlichen Wiedererfahrern! Beim Militär machen die Kleider keine Leute; man wurde nicht schneller befördert, wenn man seine Uniform von Guggenbühl hauen ließ, wo sie einen blauen Lappen mehr kostete als anderswo. In der vorschrittswidrigen Uniform konnte man auch Karriere machen; das bewies gerade der Korps-

kommandant, der das überhandnehmende Offiziersgittertum stets streng verurteilte.

Adolf Lengenbacher kam in dem Wirrwarr von Stimmen und Meinungen nicht zu einer klaren Ueberlegung. Wollte ihn der Oberst wirklich vor allen andern abfangen, oder war der scharfe Tadel nur dem gefährlichen Augenblick entsprungen? Sollte der Gemahregeste am Ende nur der Saft sein, auf den geschlagen wurde, um einen höheren zu züchtigen? Die anderen sprachen im Flüsterton davon, daß zwischen den Antipoden Crismann und Steiger wegen der heutigen Veranstaltung nicht das beste Einvernehmen herrschte. Der letztere unterließ sich gerade an einem Fenster des festlichen Saales angeregt mit dem Platzkommandanten. Adolf wollte um jeden Preis Gewißheit haben. Entschlossen trat er vor seinen Vorgesetzten hin.

„Ich muß um Entschuldigung bitten. Es ist mir da ein Mißgeschick zugestoßen!“ sagte er mit vor Unwillen knurriger Stimme. Da er glaubte, daß der berüchtete Zwischenfall auch bei seinem Gönner böses Blut verursacht habe, versäumte er nicht hinzuzufügen: „Wäre Fräulein Steiger nicht mißgeschimpft worden, hätte ich wegen den Größern überhaupt keine Miene bezogen!“

Der Platzkommandant ließ das dicke Gehege seiner breiten Zähne sehen und sagte vorsichtig ablenkend: „Ja, wir hören es, hören es. Das da draußen soll auch Patriotismus sein. Ge, he! Eine besondere Gattung jedenfalls. Es ist mit ihm überhaupt so eine Sache. Im Krieg, versteht sich, bekommt er Saft und Kraft, aber in allzu langen Friedenszeiten... hm, hm, da mündet er einem manchmal — man möchte sagen — wie abgestandenes Bier. Es müßte entschieden wieder einmal frischen Antistich geben!“ Daß er nicht ungern ein kleines Kriegsvorspiel aufgeführt und eine gründliche Plagfäuderung vorgenommen hätte, war ihm anzumerken. Er zischte öfters durch die Zähne, ganz wie auf dem Kasernenplatz, wenn etwas nicht nach seinem Willen ging.

Oberst Steiger gab sein Urteil über Lengenbachers unfluge Herausforderung so schonungsvoll ab, daß dieser erleichtert aufatmete. Der überlegene Patrizier sah das Wesen des Aufstiegs aus der Vogelperspektive zu studieren. Seinen Schilling halb ärgerlich, halb trionisch ins Auge fassend, bemerkte er: „Unsere lieben Eidgenossen müssen nun einmal

protestieren. Sie sehen darin ein angestammtes Recht und benutzen jede passende und unpassende Gelegenheit. Man darf ihnen dieses Vergnügen nicht zu sehr verkümmern. Im Grunde ist es ja harmloser Natur. Gefahr entsteht gewöhnlich erst, wenn die Leute ernst genommen werden. Das können sie nämlich nicht extragen. Dann schwillt ihnen der Kamm und richten sie leicht Unfug an.“

„Wenn du dich nur nicht irrst mit deinem erhabenen Standpunkt!“ dachte Lengenbacher, der die Blutschreie des Böbels noch in den Ohren und den wutgeballten Ärmeln noch vor Augen hatte. Indessen wußte er das kurze Erlebnis mit seinen hageldichten Schauern so eindrucklich darzustellen, daß die beiden Alten, innerlich mitgerissen, versprachen, ihn beim Korpskommandanten nach Möglichkeit herauszubekommen. Wenn ihnen der unbedingte Trost, der die Worte des Bedauerns höhnisch widerrief, nicht gefiel, so mühten sie sich wohl seines starken Standesbewußtseins freuen.

„Es hat mir einfach alles umgedreht und durcheinandergeworfen als ich das ekelhafte Brüllen hörte. Das reinste Spießrutenlaufen! In keinem andern Lande würde sich das Offizierskorps so etwas gefallen lassen. Aber bei uns gilt das Lärmklagen und Aufhejen noch als republikanische Tugend. Es ist sogar das probateste Mittel, um Nationalrat zu werden.“ Den wesentlichsten Gedanken, der ihn dazu am meisten plagte, daß der Aufruhr vielleicht nur das Echo einer längst verjährten Ohrfeige sei, ließ er freilich nicht laut werden. War das nicht auch ein Kennzeichen der vaterländischen Politik — dieser Mikrokosmos von persönlichen Motiven? Gefräßige Eigenliebe, die in Catos Wasse auftrat! Wie oft mühten sich solche Komödien abspielen in diesem Kanaan der Freiheit, wo ein Streber dem andern auf die Hacken trat und in die Küche schnüffeln konnte. Schade, daß man diesen Heuchlern die Larven nicht vom Gesicht reißen durfte!

Unter allen Umständen müssen blutige Scharnhügel verhütet werden, damit die Hegapostel nicht auf ihre Rechnung kommen. Sie sollen uns hinterher nichts am Zeuge zu klauen haben!“ entgegnete Herr Hugentobler zuversichtlich und mit Steigers Zustimmung. Steiger beifällig wurde hingegen sein Vorschlag angenommen, schlußendlich auf den musikalischen Teil überhaupt zu verzichten. (Fortf. folgt.)

